

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

## Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6892.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 80.

Breslau, Sonnabend, den 7. April 1894.

5. Jahrgang.

### Die Standesherrn und das Privatbergregal in Preußen.\*)

(Schluß.)

Gegenwärtig bestehen noch Bergregalitätsrechte in den Oberbergamtsbezirken Bonn, Dortmund, Halle a. S. und Clausthal, Breslau, im Ganzen fünfzehn.

Im Oberbergamtsbezirk Bonn handelt es sich um zwei den Fürsten Saxe-Wittgenstein-Berleburg und Saxe-Wittgenstein-Hohenstein gehörige Standesherrschaften, wo abgabepflichtiger Bergbau zur Zeit überhaupt nicht und voraussichtlich auch ferner nicht betrieben werden wird. Gleichfalls nicht von Belang sind die Bergregale der Fürsten von Bentheim-Tecklenburg in den Grafschaften Hohen-Limburg (Kreis Herford) und in der Herrschaft Rheda (Kreis Wiedenbrück) und des Herzogs von Croÿ-Dülmen in der Herrschaft Dülmen.

Das Bergregal des Herzogs von Arenberg in der Grafschaft Heddinghausen ist jedoch unter den westfälischen Privatregalgebieten „von der allergrößten Bedeutung, indem das westfälische Steinkohlenbecken im Bereiche der Grafschaft Heddinghausen in günstigster Entwicklung aufgeschlossen ist, worauf zahlreiche Verleihungen erfolgt sind. Die auf Grund derselben entstandenen Bergwerke, von denen Prosper (Arenberg), Oberhausen, König Ludwig, Unser Fritz, Nordstern, Schlägel und Eisen, Heddinghausen (Hagen), Hugo, Carnap (Matthias Stinner), General Blumenthal, Graf Moltke, Ewald, Graf Bismarck bereits in Betrieb stehen, gehören zum Theil zu den größten und ent-

\*) Aus dem „Socialpolitischen Centralblatt“ von Dr. Bruno Schönlank.

wicklungsfähigsten des gesamten rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirks.“ Hat doch ihre Gesamtförderung an Steinkohlen im Jahre 1891 bereits drei Millionen Tonnen betragen.

Der Herzog von Arenberg erhält von den Steinkohlenbergwerken in seinem Regalgebiete die allgemeine Bergwerksabgabe von 1 Procent des Bruttoertrages. Im Jahre 1891 hatten die von dem Regalherren erhobenen Abgaben bereits den Betrag von über 253,000 Mark erreicht.

Regalherren sind ferner der Freiherr von Wendt in der vormals Bergischen Unterherrschaft Hardenberg, der Fürst Salm-Salm in dem Fürstenthum Salm, der Fürst von Rheina-Wolbeck in der Grafschaft Rheina-Wolbeck (Regierungsbezirk Münster), der Fürst zu Bentheim-Steinfurt in der Grafschaft Steinfurt.

Im Oberbergamtsbezirk Dortmund ist des weiteren bemerkenswerth der so genannte Broicher Kohlenzehnte. Für den Bereich der vormaligen Bergischen Unterherrschaft Broich (Kreis Mülheim a. d. Ruhr) war dem Landgrafen Georg von Hessen-Darmstadt durch königliche Ordre vom 7. Februar 1827 das Zehntrecht vom Steinkohlen-Bergbau zugesprochen worden. Aus der Nachlassmasse des Landgrafen erwarb ein Privat Consortium, die Mülheimer Zehntgesellschaft, das Zehntrecht für den Preis von 350,000 Thalern. Wir haben hier also einen Fall der Umwandlung eines Feudalvorrechts in eine modern-capitalistische Unternehmung. Das Zehntrecht ist durch Vereinbarung mit den pflichtigen Gruben theils abgelöst, theils durch eine fünf- bis sechspromentige Bruttoertragsabgabe in Geld an Stelle des ursprünglichen Naturalzehntes ersetzt worden. Gezahlt haben an Ablösung die Zechen: Ver-

\*) Zeitschrift a. a. S. 69.

Wiesche 360,000 Mark, Concordia 375,000 Mark, Alfladen 435,000 Mark, Rosenblumelle 247,800 Mark, Ver. Sellaerbed 371,700 Mark. Abgabepflichtig sind noch die zwei in Betrieb stehenden Gruben Roland mit einer Förderung von 122,930 T. in 1891 und Ver. Hammelsbeck (Humboldt) mit einer Förderung von 3000 T. in 1891 und die vorhandenen etwa 31 stehenden Grubenfelder.

In den Oberbergamtsbezirken Halle a. S. und Clausthal haben wir das Bergregal des Grafen von der Asseburg in der Grafschaft Falkenstein am Harz und die Bergregalitätsrechte des Fürsten zu Stolberg-Berningerode.

Sehr wichtig sind zwei Bergregale im Oberbergamtsbezirk Breslau. Das eine ist das der Familie Ziele-Winkler in der Grafschaft Myslowitz-Kattowitz, einschließlich der Dominien Balenze, Schlupna, Brzezinka, Dziedzicowiz und Bressowa. Der Regalbezirk umfaßt ein Gebiet von mehr als zwei Quadratmeilen und schließt einen beträchtlichen Theil des ober-schlesischen Steinkohlenbeckens in sich, das Regal erstreckt sich auf alle von der Bergbauverwaltung des Oberbergamtsbezirks ausgeschlossenen Mineralien. Der ganze Regalbezirk ist mit verliehenen oder von den Ziele-Winklerschen Erben für den eigenen Bergbau vorbehaltenen Steingrubenfeldern überdeckt. Im Jahre 1891 hat die Förderung 2,846,718 T. im Werthe von 14,665,255 M. betragen. Außer Steinkohlen kommen hier noch Bleierz und Salmei in Betracht. „Die Berechtigung zur Zehnterhebung“, heißt es in der Denkschrift des preussischen Handelsministeriums, dem bekanntlich bei der am 31. Januar 1890 erfolgten Berufung des Freiherrn von Berlepsch auch die Bergwerke zugetheilt worden sind, „besteht an sich in der bergordnungsmäßigen Höhe. Jedoch hat die Regalinhaberin die Abgabe durch-

### Arminia.

Ein Culturbild aus der Gegenwart von H. Reichenbach.

Nachdruck verboten.

Plötzlich frug der gräfliche Rittmeister den fürstlichen:

„Und was macht denn Ihre kleine Maggarin, Durchlaucht, wenn man fragen darf?“

„Oh, macht ganz famos, der schwarze Kader.“

„Und der Herr Gemahl?“

„Säuft und schläft“ war die lakonische Antwort des Prinzen.

Da kam Baron Lotterbed angetänzelt, er hatte die zwei Worte „kleine Maggarin“ gehört, das zog. Leider waren die beiden Rittmeister mit ihrem Gespräch über diesen Gegenstand schon fertig, als Lotterbed ankam. Aber „kleine Maggarin“, zwischen jenen beiden Herren ausgesprochen, war für ihn ein Stichwort, das auf eine interessante und pikante Neugierde schließen ließ. Wer weiß? — Darum war der Baron von dem Augenblicke an eifrig bemüht, durch Umfrage hinter das Geheimniß der „kleinen Maggarin“ zu kommen. Endlich gerieth er auch an den Premier Baron von Schweingel. „Na, das ist doch längst eine allbekannte Geschichte“, plagte dieser los. „Da hat so ein Hornvieh von Musterreiter ein Weiblein aus Ungarn mitgebracht, welches durch seine eigenartige Schönheit sofort allgemeines Aufsehen erregte. Der

schlaue Ehemann wollte hier ein kaufmännisches Geschäft begründen in welchem seine kleine Ungarin als Lachvogel dienen sollte. Weil es aber diesem Speculanten an dem nöthigen Moos fehlte, so ist aus diesem Geschäft nichts geworden. Dafür wurde ihm sofort Gelegenheit geboten ein anderes abzuschließen. Schon nach der ersten Andeutung zeigte sich der Mann gefällig, er ließ mit sich reden. Und so zahlte ihm der Prinz hunderttausend Mark für das Zugeständniß einer gewissen Berechtigung. Die „Garin“ war schon vorher verständigt worden und ertheilte dem ganzen Handel ihre Zustimmung. Der edle Gatte aber eröffnete mit diesem Gelde den Ringel-Langel „zum Esquim“, wo es sehr lustig hergehen soll, säuft sich nebenbei jeden Tag toll und voll, während die zwei Anderen — — — na alles Uebrige könnte Sie sich selbst aussuchen. So, nun wissen Sie die Geschichte von der „kleinen Maggarin.“)

Diese Geschichte gab Baron Lotterbed viel zu denken. Er wußte es ja aus Erfahrung, „Alles Irdische ist vergänglich . . .“, Geschmack und Laune wechseln oft schnell. Wer weiß! . . .

Die Unterhaltung war inzwischen eine sehr lebhaft gewordene. Die Rühlheimer mehrten sich. Das schäumende Getränk begann seine Wirkung. Schweingel, Schindler, Lotterbed, Goldmann, Oppenheim und Großmann saßen zusammen. Es sollte selbstverständlich heute noch ein Spielchen gemacht werden. Eten ging

\*) Ebenfalls aus der Wirklichkeit. Nummer 2. Der

der Prinz mit Graf Eibenstein vorüber, als Schindler laut an Lotterbed die Frage richtete: „Na, wie ist es denn, Herr Baron, haben Sie noch Schneid auf die Arminia?“

Der Prinz blieb stehen. „Arminia — was? kenne ich nicht, Graf, Vollblut, wie?“

„Nicht doch, Durchlaucht, es handelt sich nicht um ein Rennpferd, sondern um eine schöne aber ebenso stolze und schöne Blondine, „Arminia“ genannt. Alle aufgebotenen Künste und Mittel haben bis jetzt nicht vermocht, das Mädchen, welches in einem großen Modewaarengeschäfte Verkäuferin ist, auch nur im geringsten zu beeinflussen. Da hat sie nun Lotterbed heute Mittag zum ersten Male gesehen und, von seinen Vorzügen und seiner Unwiderstehlichkeit selbst am meisten eingenommen, glaubt er nun bloß zugreifen zu dürfen, Durchlaucht kennen das Mädchen wohl von Ansehen, es geht jeden Mittag gleich nach zwölf Uhr an Trappatoni vorüber.“

„Ach ja, erinnere mich, keine Blonde, ja ja.“

Unterdessen war Baron Lotterbed an jenem Tische weiter geneckt worden. Er blieb dabei, daß er auch in diesem Falle Sieger sein werde. Man versiegte sich endlich so weit, ein lottes Souper zu versprechen, wenn Lotterbed den unabweisbaren Beweis liefere, daß er zum Ziele gekommen. Das Nähere sollte noch einzeln bestimmt werden.

„Wenn Sie aber verliehen, Baron“, rief Schindler, „was dann?“

Verträge mit den bis jetzt in Förderung getretenen Gruben auf den Zwanzigsten (5 Procent) vom Bruttoerlös der abgesetzten Kohlen ermäßigt.“

Die Familie von Tiele-Winkler, wohl die einflussreichste und größte Interessentin des preussischen Bergbaues, hat aus diesem Zwanzigsten im Jahre 1891 nicht weniger als 698,829 Mark eingenommen. Im Durchschnitt der Jahre 1881 bis 1891 betrug die Einnahme jährlich 366,119 Mark. Im Jahre 1867 wollte der Staat das Regal übernehmen, die Verhandlungen scheiterten jedoch, weil die abgabepflichtigen Werke sich weigerten, die von der Regalinhaberin damals geforderte Abfindungssumme von einer Million Thaler anzubringen.

Sehr bedeutsam ist das Recht des Grafen Gendel von Donnermarck-Neudeck auf den Zwanzigsten vom Blei- und Silberbergbau in der Standesherrschaft Neuthein-Larnowitz. Der Werth des Zwanzigsten, den der Standesherr vom Staats- und Privatbergbau in natura erhebt, hat im Durchschnitt der letzten zehn Jahre jährlich 168,259 Mark betragen.

Es genügt, darauf hinzuweisen, daß der Standesherr das Recht auf den Zwanzigsten auch besitzt für die vom Staate selbst in der Standesherrschaft — im Felde der königlichen Friedrichsgrube — geförderten Erze. Der Staat hatte sich den Zwanzigsten vom eigenen Blei- und Silberbergbau des Standesherrn innerhalb der Staatsherrschaft ausdrücklich vorbehalten. Seit dem Jahre 1863 zahlen die Privatbergwerkbesitzer einen halben Procent vom Bruttoertrag an den Grafen Gendel von Donnermarck-Neudeck.

Wie stehen die Dinge heute, nachdem die staatliche Bergwerksabgabe „außer Hebung gesetzt“ ist? Der Fiskus ist gezwungen, dem Standesherrn die Abgabe zu entrichten, der Standesherr selbst ist von der staatlichen Abgabe befreit. Treffend sagt Jastrow: „Wer gleichzeitig Bergwerksbesitzer und Privatregalherr ist, hat nun den Vortheil, daß die Bergwerks-Abgaben erlassen sind da, wo er sie zu zahlen hat, daß sie aber fortbestehen da, wo er sie zu empfangen hat.“

Man schließe daraus, ob es der Staatsregierung in der That gelungen ist, die von ihr im Jahre 1865 ausgesprochene Hoffnung zu erfüllen, ob wirklich die „Unzuträglichkeiten, die sich aus dem Fortbestehen des Privatregals in vielfacher Hinsicht ergeben“, beseitigt, ob die „gerügten Uebelstände“ aus der Welt geschafft, ob die „Rechtsverhältnisse in einer für alle Beteiligten befriedigenden“ Art geordnet worden sind.

Im Gegentheil, die Lage hat sich verschlimmert. Man bestreitet die staatliche Bergwerksabgabe zu einer Zeit, da der Staatshaushalt mit den Mitteln für Kulturaufgabe in der allerbedenklichsten Weise farrt. Dafür erhält und stützt man ein feudales „Recht“, das nicht auf festeren Füßen steht, als die vormalige Steuerfreiheit der Reichsunmittelbaren.

Die Bergwerke, denen der königliche Erlass vom 4. Februar 1890 eine bessere socialpolitische Zukunft verhieß, sind heute noch das Schmerzenskind der socialen Reform. Nirgends ist der scharfe Gegensatz

zwischen Anwendern und Angewendeten so zugespitzt wie in den Grubenbezirken, mag der Staat oder ein Privater Grubenherr sein. Zu der Enttäuschung der Bergwerkernovelle tritt nun das gefährliche Besteuerungsprivileg der Privatregalherren, das eine kurzfristige Censurvertretung für alle Zukunft zu erhalten unternimmt.

Oder sollten wir unsere Hoffnung auf den Schöpfer der preussischen Steuerreform und den Fürsprecher der neuen Reichsteuerpläne setzen, der vor der X. Commission des Abgeordnetenhauses die Verewigung der Privatregalitätsrechte empfiehlt und dabei erklärt, „der künftigen gesetzlichen Regelung hinsichtlich der Privatregalabgaben, die nicht auf steuerlichem, sondern auf wirtschaftlichem und handelspolitischem Gebiete liege, werde hierdurch in keiner Weise vorgegriffen?“

Der Finanzminister Dr. Miquel, der die Standesherrn entschädigt, der ihre Steuerfreiheit ablöst oder erhält, der Besteuerungsrechte beseitigt, läuft Gefahr, daß man von der Gegenwart auf die Zukunft schließt. Vestigia terrent . . . . .

Wie aber muß die Geschichte des Privatregals in ihrem jüngsten Abschnitte auf die Bergleute, auf die gesammte Arbeiterschaft, auf die Steuerzahler überhaupt wirken?

### Politische Rundschau. Deutschland.

Ueber das Schicksal der Miquel'schen Steuerpläne zerbricht sich die Presse noch fortgesetzt den Kopf. Man möchte die Kinder Miquel'scher Finanzkunst gar zu gerne retten, weiß aber nicht, wie man das anfangen soll. Ein bitteres Klagegedicht wird der Münchener „Allgem. Ztg.“ darüber aus Berlin geschrieben. Darin heißt es: Im Spätherbst des vorigen Jahres beherrschte der Reformplan des Herrn Miquel durchaus die Situation; es schien, als sollte das Kühne und Umfassende Werk mit aller Macht in Angriff genommen werden. Der routinirten Taktik des Herrn Eugen Richter gelang es aber, die parlamentarische Behandlung des Planes auf den Kopf zu stellen und sie von vornherein in einer unerhörten Weise zu verzetteln. Dann kamen die Handelsverträge dazwischen. Jetzt, da der ersehnte Augenblick zur Erörterung des Tabakfabrikatenergesetzes und des finanziellen Verhältnisses zwischen dem Reich und den Einzelstaaten gekommen ist, seien „viele Stimmen, welche, da für ein Zustandekommen der Finanzreform noch in der gegenwärtigen Session doch keine Aussicht mehr sei, das Signal zu einem raschen Abbruch der parlamentarischen Arbeiten geben. Niemand habe Lust, sich die Niederlage auf das Conto schreiben zu lassen. Und wenn Keiner sich einer Niederlage ansieht, so ist es allerdings das Gescheiteste, man läßt es gar nicht erst zum Kampfe kommen. Die Frage ist nur, wie man sich mit Anstand aus der Affaire ziehen zu können gedenkt. Daß die verbündeten Regierungen ihren Reformplan und das Hauptmittel

zur Verwirklichung desselben, die Tabakfabriksteuer, nicht einfach zurückziehen können, ist klar. Besteht man die Aendeutungen der Officiösen recht, so wird an eine Vertagung des Reichstages bis zum Herbst gedacht, die sich ja zur Noth mit einer zarten Rücksichtnahme auf die zwar eben erst von der Ostererholung zurückgekehrten, auch sonst meist nur recht sporadisch in Berlin gesehenen, in thesi aber doch bereits überangestregten Herrn Parlamentarier begründen ließe. Man hätte dann erreicht, daß der ganze Plan der verbündeten Regierungen in der nächsten Session noch intact dastände, daß eine erste Lesung desselben nicht mehr stattfinden, sondern sofort die comissarische Berathung beginnen würde, und vor Allem, daß diejenige Partei, auf welche es hauptsächlich ankommt, das Centrum, sich noch nicht durch ein negatives votum die Hände gebunden hätte. Der Plan hat zweifellos viel für sich, nur schade, daß man die Rechnung ohne Herrn Richter und das Centrum gemacht hat. Der Erstere will, schon im Interesse der durch die Steuerprojecte betroffenen Gewerkszweige, von einer Hinausschiebung der Entscheidung absolut nichts wissen, und auch die Centrumpresse verlangt die ausdrückliche Zurückziehung oder die ausdrückliche Ablehnung der Regierungsvorlagen. Nun ist guter Rath theuer.“

Einem Drohartikel gegen Miquel, den bisherigen Vertrauensmann der Agrarier, bringt die Correspondenz des Bundes der Landwirthe. Herr Miquel müsse sein Programm, in den nächsten 30 Jahren in erster Linie die Interessen der Landwirtschaft zu berücksichtigen, durchzuführen sich bemühen. „In diesem Sinne hoffen wir, den Herrn Staatsminister als Verbündeten begrüßen zu können. Sollten wir uns — was aber durchaus nicht anzunehmen — darin irren, so wäre es kaum nöthig, die Consequenzen zu zeichnen, welche sich für unsere Stellung zu dem Minister daraus ergeben würden.“

Diese Art von „Freunden“ wird wohl dem Finanzminister bald unbequem werden. Im Uebrigen scheinen die Junker etwas von Miquel zu wissen.

Die Ablehnung der Steuerprojecte im Reichstag glaubt man, wie officiös geschrieben wird, verhindern zu können durch eine Kundgebung im Abgeordnetenhause. Der Abgeordnete Sattler habe im Auftrage der Budgetcommission einen Generalbericht über die preussische Finanzlage ausgearbeitet. Der Bericht, dessen Berathung Gelegenheit zu einer Kundgebung zu Gunsten der Reichsfinanzreform geben soll, sei inzwischen fertiggestellt. Die Berathung werde vermuthlich sehr bald erfolgen. Weiterhin deutet der officiöse Artikel an, daß man eine negative Festlegung einer Mehrheit im Reichstage zu verhindern suchen werde, damit den Finanzplänen der Regierungen für spätere Zeit die Thür des Reichstags offen bleibe. Ein Mittel hierzu wäre eine baldige Vertagung oder Schließung des Reichstags.

Das kommt davon! Das Aufsitzen des Pastors Schall, des mit Hilfe eines Theils der Freisinnigen bei der Stichwahl in den Reichstag gewählten conservativ-antisemitischen Vertreters von Potsdam-Dshavelland, in der Sitzung vom 5. März

\*) Denkschrift a. a. O. S. 63.  
\*\*) Socialliberal. Die Aufgaben des Liberalismus in Preußen. Zweite vermehrte Auflage. Berlin. 1894. S. 92.

„Kommt nicht vor, haha, Spaß! aber wenn Sie meinen, Kamerad, na dann bezahl ich das Souper.“ Ein spöttisches Lächeln zuckte in den Mundwinkel der Uebrigen.

Man ging zum Spiel über, worauf Lotterbed schon längst gelangert. Aber er schien heute Pech zu haben. Mehr verlierend als gewinnend hatte er bereits eine Anleihe machen müssen, endlich wurde er verdrießlich und weinlich ob er weiterspielen sollte, aber er brauchte ja Geld!

Da, kam der Prinz, schon ziemlich angeknusen.

„Lotterbed auf ein Wort.“

Sofort war der Baron zur Stelle: „Durchlaucht wünschen?“ „Was haben Sie mit der — kleinen Waise von, der Kraina?“

„Ich habe behauptet, Durchlaucht, daß jedes Weib ohne Ausnahme, zu haben ist, wenn die Umstände günstig sind und man die Sache richtig anzupassen versteht.“

„Gut, Sie sind ein Tausendmal, Lotter—Lotterbed. Wären Sie mal, schafften Sie mir die — — kleine Waise, und Sie bekommen hunderttausend Mark, der halbe Rest, was? Gute Nacht. Adieu!“

Der Prinz ging weiter. „Was ist die Abmachung“, warnte er vor sich hin. „Schwarze Herr, man hat mich ganz zu beherrschen, noch nicht, kleine Waggaman, jetzt wird mal blöde, haha.“

Baron Lotterbed ging nicht gleich wieder an den Tisch, sondern wartete, bis ihm noch angeboten wurde, gab viel zu denken. Baron von Schmeißel hatte die

Unterhaltung mit dem Prinzen angehört, der konnte also allerdings Jungs sein. Das Alles mußte wohl überdacht werden. Doch dazu war jetzt keine Zeit, er brauchte Geld und darum setzte er zum Spiel zurück. Und nun hatte er Glück, er bemühte abermals seine alte Meisterkunst im — Kasin.

Als der Baron von Lotterbed auf Lotterheim gegen Wangen seiner Wohnung kam, hatte er eine hand gefüllte Tasche, das war die Hauptfache, alles Uebrige wurde sich finden, sprach ein renommirter Gelehrter im Inneren Rasen. Die Bescheidenheit des Studenten Schindler aber und der Gehalteten war um beherrende Stimmen gerührt geworden. Das nennt man — Glück.

Die Familie Schumann.

Von dem ziemlich geschwätzigen Dampfer zu R... fährt eine Gasse von nur gewöhnlicher Breite in einer alten Stadt zu dem noch größeren sogenannten Frankensplatz, der seinen Namen von dem nach dem Kaiser zu nehmenden „Frankenshausen“ und dem dann gebaueten „Frankenshaus“, einer alten weiten und hohen Halle, die nun als Lagerhaus Verwendung findet, erhalten hat. Sondernachher wurde dort eine neue große öffentliche Saale neubarische Gasse „Markt“ genannt und um dieselben auch ein wenig an gewöhnlichen Bogenwegen der Lebensmittel-Markt abgehalten, wodurch sie dann um beiden Seiten herum einmündet ist, daß dann noch Menschen sich hin- und herbewegen können und man sich unangenehmer Gesinnung nicht erweigen.

Durchlaucht man die alte Bestimmungstrage

vom Dome aus, so zweigt sich links in der Mitte ein noch ergeres Gäßchen ab, die „Hölle“ genannt, und der Einblick in dasselbe ließe auch in der That in jedem Fremden Bedenken aufsteigen, wenn er es betreten sollte. Dennoch befindet sich nichts Ungehöriges oder gar Gefährliches darin, nur waren dessen Bewohner bis auf einen Garkocher lauter arme Leute.

Der „Hölle“ gerade gegenüber auf der anderen Seite des „Marktes“ steht ein großer Thorbogen, über welchem eine weit über Lebensgröße in Stein ausgehauene Gule mit ausgebreiteten Flügeln und thronenden Augen thronet. Der Durchgang gehörte zu einem altbekannten und viel besuchten Gasthause, in welchem Bauern und Landboten, die zu Markte kamen, einkehrten. Darum führte das Thor auch auf einen breiten, von Gebäuden ringsumgebenen Hofraum, der an Markttagen voll Wagen stand. Weide, das Gasthaus und dieser Raum, hießen zusammen „Der Gulehof“.

In den auf allen vier Seiten stehenden Gebäuden befanden sich zur ebener Erde Stallungen, Schuppen und Lagerräume. Darüber aber waren in nützliche Wohnungen, verhältnismäßig billig, eben für arme Leute.

Links vom Thorcingange, gleich hinter der Küche der Garkocherei, war neben der einen Thüre ein Glockenzug mit hölzernen Griffe und daneben ein Blechgeschloß angebracht, welches den Namen „Philipp Schumann“ ohne jede nähere Bezeichnung trug.

(Fortsetzung folgt.)

steht diesem geistlichen Herrn eine nachträgliche Kritik seitens der hyper-orthodoxen „christlich n Welt“ zu, welche lautet:

„Wenn ein evangelischer Parrer in den Reichstag gewählt wird, empfindet man (wer ist dieser „man“?) eine gewisse Genugthuung darüber. Man wähnt, er werde sein Mandat dazu brauchen, um die evangelische Religion und Moral mit der Tüchtigkeit eines überzeugten Christen und Fachmannes zugleich zu verteidigen. Um so schmerzlicher muß es berühren, wenn ein evangelischer Parrer seinen Sitz im Reichstage dazu benützt, eine Schuchrede für das Duell zu halten! Paster Schall hat dies in der Sitzung vom 5. März gethan und dadurch wieder einmal den Socialdemokraten Vebel in die Lage gebracht, gegenüber der christlichen Gesellschaft die Moral zu vertheidigen. Wir protestiren gegen diese Haltung des Pastors Schall, conservativ mag sie sein, christlich ist sie nicht. Wir wissen wohl, daß der Redner einen Unterschied gemacht hat zwischen dem christlichen Standpunkte, von dem aus er mit uns das Duell verwirft, und einem anderen, von dem aus er es begreiflich findet. Welche Nothwendigkeit bestand denn für den Pastor-Vogelorden, diesen unchristlichen Standpunkt zu vertreten? Warum schweig er nicht lieber und ließ Andere reden, die in dieser „unchristlichen“ Moral eigentlicher zu Hause sind, und erparte uns das Vergnügen, das er gegeben hat? Wie viel würdiger war die Vertretung der katholischen Kirche in dieser Sache! Aber das sind eben die Früchte der Verquickung von Christenthum und Conservatismus.“

In der That: unsere modernen, junkerlich-agrarisch geachteten Conservativen in der Rolle von Muster-Christen, als die sich so gern geberden — es kann kaum etwas Bizarres geben! Ein conservativer Junker, der heute aller Vernunft und dem bestehenden Gesetz zuwider im Duell das Faustrecht ausübt und morgen mit fromm verdrehten Augen den Spruch klappt: dem Volke muß die Religion erhalten werden, das ist die perfecte Karikatur eines Musterbürgers und Musterchristen! Wir begreifen es, daß es allmählich auch strengorthodoxen Zeitschriften un bequem wird, wenn auf das Karikatürmäßige dieser Erscheinung gerade von „radicaler“ Seite im Gegensatz zu den opportunistischen Anschauungen eines evangelischen Geistlichen hingewiesen wird!

Deutsche Münzprägung im Jahre 1893. Nach dem dem Bundesrath zugegangenen Ueberichten über die in den deutschen Münzstätten in Jahre 1893 erfolgte Ausprägung von Reichs-Gold- und Silbermünzen sind im angegebenen Zeitraum geprägt worden:

An Doppelkronen (Zwanzigmarkstücken) und zwar in Berlin und Hamburg 4,011,355 Stück; an Kronen und zwar auf allen Münzstätten außer Berlin und Hamburg 3,019,326 Stück. Halbe Kronen, das heißt die kleinen goldenen Fünfmarkstücke, sind gar nicht geprägt worden. Der Betrag der geprägten Goldmünzen beläuft sich auf 110,420,960 Mk. Das wirkliche Gewicht (1255,5 Mk. Goldmünzen sollen 1 Pfund wiegen) beträgt 87,949,886 Pfund, das gesetzliche Sollgewicht 87,949,788 Pfund, die Abweichung des wirklichen gegen das gesetzliche Sollgewicht: 0,102 Pfund; das macht auf 1000 Pfund des Sollgewichts 0,0012 Pfund. An Reichsilbermünzen wurden in dem gedachten Zeitraum wie folgt geprägt: auf allen Münzstätten: an Fünfmarkstücken 534,319 Stück; an Zweimarkstücken 1,644,605 Stück; an Einmarkstücken 2,835,309 Stück; Fünfzig- und Zwanzigpfennigstücke sind im Jahre 1893 nicht geprägt worden. Der Betrag der vorgedachten Markprägung beläuft sich auf 3,797,114 Mk. 90 Mk. Silbermünzen sollen ein Pfund wiegen. Das wirkliche Gewicht der hier angeführten Prägungen beläuft sich auf 98,744,174 Pfund. Das gesetzliche Sollgewicht beträgt 97,744,711 Pfund. Die Abweichung des wirklichen gegen das gesetzliche Sollgewicht beträgt 1,000 Pfund, das macht auf 1000 Pfund des Sollgewichts 0,0157 Pfund.

Etwas für die Lobbhändler unserer „göttlichen“ Weltordnung. Aus dem, über 51 preussische Straf- und Gefangenenanstalten vom Ministerium des Innern erstatteten Bericht pro 1892—93 ist zu entnehmen, daß durchschnittlich 26,176 Gefangene aller Gefangenschaftsordnungen hinter Schloß und Riegel saßen, davon 18,904 in Zuchthäusern; die Verpflegungskosten betragen pro Kopf und Tag 36,8 Pf. gegenüber 37,2 Pfennigen in 1891—92. Unter Arbeitszwang standen 25,153 Gefangene, davon für den Bedarf der Anstalten 5841, für deren Rechnung 584, für dritte gegen Lohn 15,274, davon u. A. in der Tischlerei 1994, Schuhmacherei 1160, Schneiderei 928 u. s. w. Der Arbeitsertrag hat einen Ueberschuß von 2,917,518 Mk. ergeben. Der Gefangenenantheil betrug für den Arbeitstag 6,6 Pf. Körperliche Züchtigung fand in 82 Fällen statt. 51 pCt. der Gefangenen schrieben weder Briefe, noch erhielten sie Briefe oder Besuche. 127 verfielen während ihrer Gefangenschaft in Geisteskrankheit. Außerdem theilt der Bericht noch mit, daß am 31. März 1893 nicht weniger als 10,981 verwahrloste Kinder in verschiedener Weise zur Zwangs-erziehung untergebracht waren. Wie viele dieser Unglücklichen, mit Gesetz oder Sitte in Conflict gekommenen Personen, in Folge unserer „herrlichen“ socialen Zustände auf die schiefe Ebene gerathen, enthält der ministerielle Bericht nicht.

Vollschule und Socialdemokratie. Ueber dieses

Thema läßt sich die „Pädagogische Zeitung“ in ihrer 8. Nummer dieses Jahrgangs vernehmen wie folgt:

Es ist eine Ironie, die Volksschule gegen Socialdemokratie aufzurufen, ist doch letztere eine ganz naturnothwendige Reaction gegen unsere ungesunden Zustände. Man nehme der Volksschule die kirchlichen und bureaukratischen Fesseln ab, dann wird der gesunde Volkssinn die socialdemokratischen Verirrungen überwinden.

Dann citirt das Blatt den Professor Lehmann-Hohenberg in seiner Zeitschrift „Einiges Christenthum“:

Nach Ansicht vieler höherer Collegen fängt die Bildung erst beim Akademiker an. Der Volksschullehrer steht nach Herrn von Treitschkes Ansicht noch unter dem Bauer und Handwerker. Man erwartet, daß die Volksschule ein Bollwerk gegen die Socialdemokratie bilde, indem man diese für die Erziehung des heutigen Geschlechts verantwortlich macht. Wer hat es aber zu solcher Verwahrlosung kommen lassen? Wer anders als der Staat? Oder glaubt man, daß die bisherigen, armjeligen Aenderungen genügen? Wahrscheinlich, es ist hohe Zeit, daß eine gründliche Erneuerung der Volksschule in Angriff genommen werde, wenn es nicht überall zu spät sein soll. Der Bau des Staates zittert bereits in seinen Grundfesten. Der Staat muß endlich die allgemeine freie deutsche Volksschule im Sinne Steins schaffen. Auch hier steht wieder die Kirche im Wege, welche die Oberaufsicht beansprucht, weil sie nur durch Gewissenszwang ihr Scheinleben weiter führen kann. Der Schulmeister, der doch nur ein armer Teufel ist, wird trotz seiner reichen Liebe zu König und Vaterland über die Achsel angesehen und nach oben hin als irreligiös verdächtigt. Wir ist bei den Volksschullehrern, die man ganz unzureichend besoldet und doch mit allen möglichen Aufgaben überbürdet, nicht selten mehr Verständnis für die Fragen der Gesamtheit und ein größerer sittlicher Ernst entgegengetreten, als ihn die oberen Beamten-Categorien im Durchschnitt zu erkennen geben.

Der bekannte Badelstrümpfer und Führer der Wajslappenpartei, Ricker, soll in Grünberg den aufmerksam lauschenden Hörern auseinandergesetzt haben, warum Herr Alexander Meyer der Nothen Abgeorden 4. Klasse erhalten hat. Herr Ricker muß es ja wissen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Ueber den großen Gasarbeiterstreik meldet der Wiener Berichterstatter der „Frankf. Ztg.“ Folgendes: Der große Gasarbeiterstreik, der seit einigen Tagen Wien allabendlich mit Verfinsterungen bedroht, ist, wie immer es auch schließlich ausgehen mag, ein sehr lehrreiches Symptom der Stimmungen, die gegenwärtig im „unterirdischen“ und im oberirdischen Wien, man kann auch sagen: Oesterreich, herrschen. Gerade in dem Augenblick, wo die hohe Gas-Saison aufhört, fangen die Gasarbeiter zu streiken an. Einen solchen Moment wählt man nicht, wenn man einen Streik planmäßig vorbereitet. Nur der plötzliche, elementare Ausbruch einer seit vielen Jahren gewaltsam unterdrückten Verbitterung macht die Wahl eines so ungünstigen Zeitpunktes, den so plötzlichen Ausbruch und den rohen Umfang des Streikes erklärlich. Die gesammte Arbeiterschaft der ganz Wien mit Gas versorgenden Imperial Continental Gas-Association, etwa 1800 Mann, trat mit einem Mal „wie ein Mann“ aus. Und warum, was war der Tropfen, der das volle Gefäß des Unmuths zum Ueberlaufen brachte? Die Gesellschaft befolgt die bekannte Unternehmer-Praxis, ihre Arbeiter, sobald sie alt und minder leistungsfähig geworden, einfach auf die Straße zu setzen. Das that sie jetzt auch mit dem seit sieben-jehn Jahren in ihren Diensten gestandenen Arbeiter Vebel, und darauf erfolgte die Explosion, der Streik. Er ist kennzeichnend für die hochgradige Unzufriedenheit und das Solidaritätsgefühl der hiesigen Arbeiterschaft, die im gegebenen Zeitpunkt sich stärker erweisen, als die tactische Klugheit. Auf der anderen Seite steht „der Unternehmer“, eine englische Gesellschaft, die bei jedem ihrer Vertragsabschlüsse mit der Gemeinde Wien das communale Leben der Stadt corruptirt hat, die schließlich der Inbegriff der Corruption im Rathhaus geworden ist. Die Engländer und ihre hiesigen Lobbhysten wissen sehr wohl, wie sie es anzustellen haben, um jeweils die Erneuerung ihres Vertrags und alle ihre Wünsche im Rathhaus durchzusetzen; sie wissen aber auch, wie verhaßt sie in der Wiener Bevölkerung sind. Und nichtsdestoweniger wagen es diese Leute, eines einzigen, alt gewordenen Arbeiters wegen, Wien vor die Gefahr des Lichtmangels allabendlich zu setzen. Das bereißt nicht nur, daß die Herren sich des Gemeinderathes, sondern daß sie sich auch der Bevölkerung sicher fühlen. Sie wissen die Zeit der politischen Coalition auszunutzen, in welcher die Regierung und mit ihr die liberale Partei nicht nur alle politischen Principien, sondern auch das jeder Regierung naturgemäße Wohlwollen, Parteinehmen für die Interessen der Gesamtheit

zurückgestellt hat. Unter solchen Umständen ist es als ein Glück anzusehen, daß die Streikenden, welche sich schlichtlos als ihre Gegner, die öffentliche Ordnung nicht führen und das große zum Einhaufen bereitete, Polzei-Aufgebot durch ihr maßvolles Verhalten überflüssig machen. Ein Burche, der sich gestern bei den Gaswerken widerspenstig benahm, wurde von nicht weniger als vier Polzeisten zu Fuß und zweien zu Ross nach der Polizeistation geführt, und es war ein völlig wehrloser Burche. Die Gesellschaft hatte die Absicht, die Streikenden durch rasch mit Separatwagen hereingefahrenes Provinzgeindel zu erregen. Einige hundert derartiger „Arbeiter“ hat sie schon eingestelt. Aber sie kann ihren Verpflichtungen gegenüber den Consumenten trotz alledem nicht erfüllen. Das Gas hat gegenwärtig eine so geringe Spannung, daß die damit betriebenen Motoren, wie sie im Kleingewerbe verwendet werden, zum Stillstand gebracht, die Beleuchtung der Stadt qualitativ merklich herabgesetzt ist. Das Auer'sche Gasglühlicht in den Cafe- und Gasthäusern ist so schwach geworden, daß man wieder zu der halbwegs-flehen elektrischen Beleuchtung zurückgreifen mußte, dort, wo sie noch in Reserve gehalten wird. Aber auch die Elektrizität begann schon gestern Abend stellenweise zu versagen, da sie plötzlich an sie gestellten Ansprüche ihre Leistungsfähigkeit übersteigen. Also im Cafehaus, auf der Gasse kann sich Jedermann überzeugen, daß die Gasgesellschaft ihre contractlichen Verpflichtungen nicht mehr erfüllt; der Bürgermeister hätte das Recht, gegen sie einzuschreiten. Aber er thut es nicht. Warum, ist aus dem Obengesagten klar genug ersichtlich.

Italien.

In Rom erhält sich das Gerücht, daß Crispi das Parlament auflösen werde. Die Opposition verlangt, daß die Finanzreform vor der Voriage über die der Regierung zu verleihenden Vollmachten eingebracht und daß die Finanzreform zur Parole für die Neuwahlen gemacht werde. Crispi wird sich wohl an die Wünsche der Opposition wenig kehren.

Frankreich.

Ueber ein neues Bomben-Attentat melden bürgerliche Blätter:

Paris, 4. April, 10 Uhr 30 Min. Abends. Eben verbreitet sich das Gerücht von einem neuen Bomben-Attentat in Paris. Im Restaurant Fohot, in nächster Nähe des Odeontheaters, wurden zwei Bomben geworfen, durch welche drei Personen verwundet worden sein sollen.

Im Anruf des leitenden Ausschusses der Arbeiterpartei an die Arbeiterschaft Frankreichs, die Maifeier betreffend, heißt es: „Die durch Panama enteehrte Bourgeoisie verleugnet alle ihre früheren Grundätze. Ihre europäischen Bundesgenossen erbettelt sie, ohne zu erröthen, an den Grenzen der asiatischen Barbarei, Betrogene oder Mitschuldige des Czarismus, der, die Taschen mit unseren Milliarden gefüllt, sich dem kaiserlichen Deutschland in die Arme wirft. Die innere Politik, bisher von Gambettas Ruf: Der Klerikalismus ist der Feind! beherrscht, liefert sie dem Oberhaupt der schwarzen Internationale, dem Italiener Leo XIII., aus. Sie lebt von der Ausbeutung der Anarchisten, durch die sie Ausnahme-gesetze gegen den Socialismus erlangt.“

Belgien.

Die Sardinienbüchse geht auch in Belgien um! Der belgische Ministerpräsident de Burlet erhielt aus Roubaix eine Büchse, welche große Aehnlichkeit mit den von den Anarchisten angefertigten Geschossen hat. Dieselbe wurde dem Lehrer der Chemie an der Kriegsschule zur Untersuchung übergeben. Die Büchse wird sich wohl als Blech herausstellen.

Serbien.

Ein ungeschickter Brief. Der jährliche Ministerwechsel in Serbien erregt im Lande großes Aufsehen. Das neue Cabinet will schon in nächster Zeit gegen die Radicale energisch einschreiten, was ernste Ereignisse voraussehen läßt. Als Grund des Wechsels wird die Veröffentlichung eines Briefes angegeben, der von dem Finanzminister Mijatowitsch herrührt und an den Pariser Bankier Kosler gerichtet war. Der Bankier, der im Begriffe war, sich nach Petersburg zu begeben, wurde gebeten, die maßgebenden russischen Kreise für das jetzige Regiment umzustimmen. Sowohl der König als die Mitglieder der Regierung seien dankbare Verehrer des mächtigen Kaiserthums und dessen Kaiserthums. Wenn sie auf die Bedingung von welcher der

Gar den Empfang Simitsch's in Petersburg abhängig macht, nicht eingehen könnten, so sei dies geschehen, weil sie mit Recht befürchteten, daß nach der Abreise Milan's eine Revolution ausbrechen werde. Die Serben müßten bebauern, wenn ein Paschitsch bei dem Czaren mehr Ansehen hätte, als der König von Serbien. Ein Mann, der so ungeschickt ist, solche Briefe zu schreiben und sie obenrein noch aus der Hand zu geben, verdient in der That nicht, Finanzminister zu bleiben.

Politische Mordthaten werden wieder einmal aus Serbien gemeldet. In Goraschiza wurde ein hervorragender Fortschrittler und im Kreise Kragujevatsch zwei bekannte Mitglieder der liberalen Partei in ihren Wohnungen ermordet. Da alle drei Opfer der reicheren Klasse angehören, jedoch nicht beraubt worden sind, so führen die Behörden diese Mordthaten auf politische Motive zurück.

**Amerika.**

Der Aufruhr in Süd-Carolina, welcher zur Flucht der Polizei geführt hat, war die Folge eines Gesetzes, das den Verkauf von Branntwein zum Staatsmonopol machen sollte. Die Schädigung von Privatinteressen, die das Gesetz, das die bestehenden Schankstellen ohne Entschädigung aufhob, mit sich brachte, hatte allgemeine Erregung im Staate zur Folge gehabt, welche b. im Versuch der Aufhebung einer heimlichen Schankstelle in Darlington zum Ausbruch kam. Das gewaltthätige Vorgehen der Polizei hierbei erbitterte die Betroffenen, und verstärkt durch eine große Anzahl Bürger, gingen sie gewaltthätig gegen die Polizei vor, vertrieben sie, und auch der Versuch des Gouverneurs, durch ein Aufgebot der Miliz des Ortes den Aufruhr im Keime zu ersticken, scheiterte an der Nichtbefolgung des Befehls durch die Bürger. Die aufständische Stimmung hat sich dann auf verschiedene andere Städte ausgedehnt, und es scheint, daß der Gouverneur Tillmann vor dieser Bewegung weichen müssen.

Das amerikanische Chinagesetz hat zu einem diplomatischen Kampf zwischen den Vereinigten Staaten und China geführt. Zwischen beiden Regierungen ist ein vorläufiger Vertrag geschlossen, nach dem zwar die Bestimmung des Geary'schen Antichinagesetzes, wonach sich die in den Vereinigten Staaten lebenden Chinesen registrieren und zur Feststellung ihrer Persönlichkeit photographiren lassen müssen, anerkannt wird, aber — die Amerikaner in China sollen den gleichen Bestimmungen sich unterwerfen. Das behagt aber den Herren Junkes durchaus nicht und es kann wohl mit Sicherheit erwartet werden, daß diese letztere Vertragsclausel im Congreß auf erbitterten Widerstand stoßen wird. Von derselben würden allein 1200 in China ansässige amerikanische Missionare getroffen werden. Der Vertrag soll eine zehnjährige Dauer haben, und wenn er nicht gekündigt wird, weitere zehn Jahre laufen. Wenn der Congreß den Vertrag nicht annimmt, wird China einfach die amerikanischen Unterthanen ausweisen und den Handelsvertrag kündigen.

Ob die Amerikaner es darauf werden ankommen können, ist freilich fraglich.

**Freihandel und Kapitalismus.** Die Socialdemokratie in Europa wie in Amerika vertritt den Standpunkt, daß die allgemeinen kapitalistischen Entwicklungsinteressen eines Landes ein internationalisiertes Fortschreiten zum Freihandel erfordern.

Hier eine amerikanische Presstimme aus ultra-capitalistischem Lager, welche diesen Standpunkt rechtfertigt. Das „Daily Commercial Bulletin“ beantwortet die Frage: „Ob es nicht lieber auf die Tarifreform verzichtet, als die verhasste Einkommensteuer mit in den Kauf nehmen wolle.“ — mit einem entscheidenden „Nein!“ Daran anschließend führt das Blatt fort:

„Aber auch die Abbedauung der vorangehenden Tarifbill würde nicht gleichbedeutend sein mit einer losungsgelassenen Berücksichtigung der Tarifreform. Das Forum von 1892 hat nur die Schatten einer gewissen industriellen und commercialen Entwicklung vorausgeworfen, welche durch Handelsverträge erweitert werden kann, und welche auch ohne internationalisches Rechtswert sehr bald unter industrialen Verhältnisse zu einem erheblichen Fortschritt führen würde. In gegenwärtiger gebrochener Lage können die meisten Industrien nicht mehr wie andere Länder auch zum nicht geringen Theile der Abnahme zu danken, daß der Produktionswert unseres Landes mehr über seine Verhältnisse hinaus gehoben ist. Und das ist eine Situation für die es nur ein Heilmittel giebt, wenn es nicht unter Konkurrenz mit einem anderen Lande stehen, was eine noch unglücklicher ist. Es müßten freier Zugang zu den fremden Märkten haben, die in anderen Ländern sich selbst nicht mit anderen Marktverhältnissen verhalten.“

Das ist das wahre Geheimniß der kapitalistischen Freihandelsbewegung. Da steht nichts darin von Verbilligung der Lebensmittel des kleinen Mannes, nichts davon, daß man den Arbeiter- und Kleinbürgerfeindlichen Trusts ihren schutzöllnerischen Nährboden entziehen müsse u. s. w. Da heißt es denn ganz einfach: „Die Interessen des entwickelten Industrie-Capitalismus fordern den Freihandel und deshalb müssen wir Capitalisten früher oder später den Freihandel haben.“ Daß den Arbeitern durch eine event. Verbilligung ihrer Lebensmittel nicht geholfen wäre, das ist zugestanden mit dem Hinweis auf die notwendige Herabsetzung der Marktpreise für Inlandfabrikate, gleichbedeutend mit einem Herabdrücken der Arbeitslöhne, welches den Vortheil der größeren Waarenbilligkeit wieder paralyisiren müßte!

Nichtsdestoweniger ist diese Entwicklung zum Freihandel Seitens der Arbeiterklasse nicht zu bekämpfen, aus dem ganz einfachen Grunde, weil jede naturgemäße Entwicklung des Capitalismus ganz direct auf der Bahn zum Socialismus liegt.

**Parteiangelegenheiten.**

**Socialdemokratische Wahlfrage.** Bei der am vergangenen Donnerstag in Mülheim a. Rh. stattgehabten Wahl von sechs Beisitzern zum Gewerbegericht aus dem Kreise der Arbeitnehmer siegten die Candidaten der Socialdemokratie mit 1043 Stimmen, auf die gemeinsamen Candidaten des katholischen Arbeiter- und des evangelischen Männer-Vereins fielen nur 538 Stimmen. — In der Stadtgemeinde Kalk, welche zwei Beisitzer aus dem Stande der Arbeitnehmer zum Mülheimer Gewerbegericht zu wählen hatte, siegten ebenfalls die Socialdemokraten.

**Die Anträge unseres Genossen Birt** in München, die er als Gemeindebevollmächtigter an das Gemeindecollégium gestellt hatte, betreffend Lehrmittelfreiheit und Aufhebung des Mehl- und Fleisch-ausschlags sind von diesem mit rührender Übereinstimmung abgelehnt worden.

**Bei der Gemeinderathswahl** in dem Dorfe Siche bei Potsdam wurde ein Candidat der Arbeiterpartei mit einer Stimme Majorität gewählt.

**Die Unterfränkische Volkstribüne**, erscheinend in Würzburg, ist mit dem 1. April in den Besitz der Centralleitung für Unterfranken übergegangen.

**Wichtig!** Ein Schwindler scheint es zu sein, der sich unter dem Namen Labewig aus Berlin in Parteiliste einzubringen sucht. Er tauchte vor einigen Wochen in Schwerin auf, behauptete von Hamburg zu kommen, wo er in einer Arbeitslosenversammlung gesprochen haben wollte und gab sich als „Reporter und Mitarbeiter“ des „Vorwärts“ aus. Diese Behauptungen sind sämtlich un wahr und wird deswegen vor dem n. n. Labewig hiermit gewarnt.

**Sociale Uebersicht.**

**Zum Schneiderpreis in Stuttgart** wird von dort mitgeteilt, daß die von den Weibern nach dort gelieferten Schützen aus Schwaben, welche von der Polizei verhaftet und vor den Richter gebracht wurden, aus der Haft entlassen worden sind. Es wurde ihnen die Wahl gelassen entweder die Arbeit anzunehmen oder innerhalb 24 Stunden die Stadt zu verlassen. Die Schützen zogen das letztere vor. — Wie weiter mitgeteilt wird, werden Unterhandlungen zur gütlichen Beilegung des Ausstandes in Aussicht.

**Die Arbeiter der Porzellanfabrik von Sierzen** in Pommern beschließen in einem Generalstreik einzutreten, falls ihre Forderungen nicht bewilligt werden.

**Der Streik der Glasmacher** in der Glasfabrik von Rastatt scheint in einem Ausmaß zu wachsen, dreiundzwanzig Arbeiter werden nach dem Verlaufe der Verhandlungen zurückgenommen sein.

**Sollwohlstand.** In dem Verlaufe in Dresden wurden im Monat März 27,636 RM mit 12,104 Pfänder anfallen, gegen 22,234 RM mit 11,539 Pfänder im Februar. Tägliche Lohnveränderungen sind verhältnißmäßig in der Bemessung der Pfänder im Monat des Rückblicks. Wie viele Pfänder von Arbeitnehmern mag es aber keine Ahnung geben, die dieses Privilegium überhaupt nicht mehr besitzen.

**Kleine Rundschau.**

**Calcutta.** Paris, 20. März. (Wann Nach-mittag um 4 Uhr 30 Min. verließ, nur kurz ge-wartet, ein französischer Knall, der im ganzen Raum von Paris auf eine Explosion von über einem Kilometer von seinem Entstehungsorte gehört wurde, der Bevölkerung in Entzückung. Aus allen Richtungen liefen alsbald eine große Menschenmenge nach der Höhe der Tourne von der der Knall ausgegangen war. Hartnäckig glaubte jedermann an ein neues Verbrechen der Anarchisten und vermuthete, eines der den Platz umgebenden Gebäude sei in der Luft ge-zungen worden. Bald jedoch wurde man gewarnt, daß es sich nicht um ein Verbrechen handelte, sondern, daß sechs Menschen glücklicher Weise am Lande verunglückt waren. Mehrere Arbeiter waren mit dem Anstoßen des schuldigen Streifenpapiers beauftragt und bemerkten, daß sich ein kleiner Gasgamm verbrannte. Es heißt, einer der Arbeiter habe seinen arbeitslosen ein Geschloßchen angezündet, um seine Bitte wieder an Wanda zu legen. In jenem Augen-blick ist eine Explosion von dem Anstoßen einer Strei-fenlinie aus dem Boden ausgegangen und der Knall erfolgte, den man bis über die Höhe der Tourne und der einen Seite und bis über den Boulevard Schöningh hinaus auf der anderen Seite klar hören konnte. Man glaubte nun die Stadt in den

**Douze-Magazine:** Die Commis und die Käuferinnen löhen auf die Straße, um hier einen zweiten Anfall zu vernehmen. Die Ursache war zum Glück nicht, was Jedermann in der ersten Angst vermuthete, und die Ruhe stellte sich bald wieder ein. Man führt die Explosion auf eine schadhafte Gasleitung zurück. Um weiteren Unfällen vorzubeugen, ließ die Polizei den Ort den Rest des Tages und die darauf folgende Nacht über durch eine Abtheilung Feuerwehrlente bewachen.

**Locales.**

Breslau, den 5. April 1894.

Aus dem Stadtparlament.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, die zweite in dieser Woche, beschäftigte sich zunächst mit dem letzten Reste von Special-Stats. Vorläufig festgelegt wurden der Etat des Bauhofes, der Canalbauwerke, der Standesämter und der bei verschiedenen Einnahmen und Ausgaben.

Bei der Fortsetzung der Berathung des Stats der Gaswerke entspann sich wiederum eine längere Discussion über den in diesem Stat eingesetzten Reservefonds von 60,000 Mark. Stadtverordneten Ollendorf insbesondere sprach in sehr eingehender Weise gegen denselben, während der Oberbürgermeister ebenso energisch für die Einstellung des Reservefonds plaidirte. Aber noch eins ist es, was den Worten des Oberbürgermeisters zu entnehmen war. Augenscheinlich unter Bezugnahme auf die Darlegungen des Stadtverordneten Ollendorf machte er nämlich seinem gepreßten Herzen über das Hin- und Hergerren, wie er sagte, in nicht mißzuverstehenden Worten Luft. Er merke es alle Tage, so rief er den Stadtvätern zu, daß die Debatten, die wir manchmal in den letzten Wochen geführt haben, uns nicht zur Ehre gereichen, das muß aufhören, und der Stamm Getreuer, die zum Magistrat nur voller Ergebenheit aufblicken, sollte dem Oberbürgermeister, als Vertreter desselben, für diese Aufpredigt ein „sehr richtig“. Ob letztere ihre gewünschte Wirkung, die stete Harmonie zwischen Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung, haben wird, wollen wir dahingestellt sein lassen lassen; vielleicht kommt aber einmal eine Zeit, in welcher der Magistrat und mit ihm unser Oberbürgermeister noch ganz anders in seiner Ruhe gestört werden dürfte.

Stadt. Morgenstern hätte noch gern das letzte Wort bei der Besprechung des Stats der Gaswerke gesprochen, indeß war es ihm durch Annahme eines Schlufantrages zur Unmöglichkeit geworden, seine „Rede“ vom Stapel zu lassen; den Aerger hierüber brachte er in einer „persönlichen“ Bemerkung zum Ausdruck. Mit der vorläufigen Festsetzung des Stats der Wasserwerke und des Electricitätswerkes hatte endlich die Berathung der Einzel-Stats ihren Abschluß gefunden und die Versammlung schritt zur Festsetzung des Stadthaushaltsetats pro 1894/95.

Seitens des bezüglichen Ausschusses lagen hierzu folgende Anträge vor:

- a. den Antrag des Stadtv. Grüner und Genossen betr. die Einführung der Canalgebühr abzulehnen;
- b. dem Magistrats-Antrag zur Deckung unvorhergesehener Ausgaben 398,835 Mark zu bewilligen;
- c. die Erhebung der Grund- und Gebäudesteuer in Höhe von 75 Procent Zuschlag zu genehmigen;
- d. die Erhebung der Gewerbesteuer nur in Höhe von 75 Procent Zuschlag zu genehmigen;
- e. vorbehaltlich der bei den einschlägigen Stats vorzunehmenden regulativmäßigen Abänderungen nimmend den Stadthaushaltsetat pro 1894/95

I. in Ausgabe und zwar:	
1. die ordentlichen Ausgaben auf . . . . .	11,971,158 RM 83 Pf.
2. die einmaligen Ausgaben auf . . . . .	133,175 „ — „
3. die unvorhergesehenen Ausgaben auf . . . . .	398,355 „ — „
im Ganzen . . . . .	12,502,718 RM 83 Pf.
II. in Einnahme	
auf . . . . .	7,173,823 „ — „
zusammen und	
III. zur Deckung des Reibetrages an Ausgaben mit . . . . .	5,328,895 „ 83 „
vom 1. April 1894 ab	
1. außer den bereits im Stat für die Verwaltung der Steuern Abschl. C. Tit. II und III vor-gesehen 50 pCt. Zuschlag zur Grund- und Gebäude-steuer noch weitere 25 pCt. Zuschlag zu diesen Steuern im Gesamtbetrage von . . . . .	126,750 RM — Pf.
2. 50 pCt. Zuschlag zur Ge-werbesteuer (einschließlich der Betriebssteuer) im Ge-samtbetrage von . . . . .	312,700 RM — Pf.
3. zur Deckung des Reibetrages 165 pCt. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer mit einem Ertrage von rund . . . . .	4,889,445 RM 83 Pf.
zusammen wie oben	5,328,895 RM 83 Pf.

zu bewilligen

Stadtv. Dr. Pannes, als Referent, begründete die einzelnen Punkte in kurzen Worten und empfahl deren Annahme.

Es wäre auch wohl ohne irgend die geringste Debatte dazu gekommen, wenn eben nicht der Mittelstand in der Versammlung seine Vertretung hätte. Die Herren Grllich, Kaiser und nicht zu vergessen, Herr John, klagten über die arge, ungerechte Belastung der Gewerbetreibenden durch die 50 pCt. Zuschlag zur Gewerbesteuer. Bittere Thränen weinte Stadtv. Kaiser der selig entschlafenen „Canalgebühr“ nach, erfüllt von Reue, ebenfalls gegen sie gestimmt zu haben und nunmehr aber von dem heißen Wunsche befeuert, sie wieder zum Leben erwacht zu sehen. So wie dieser der Stadtväter machte auch Herr John dem Handwerker- und Mittelstande alle Ehre, indem er nicht dem 50procentigen Zuschlag zur Gewerbesteuer, sondern seinem Antrage, 175 pCt. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer zu erheben, zustimmte. Wie überhaupt, so haben auch hier die Gewerbetreibenden und der sogenannte Mittelstand gezeigt, daß sie nicht wissen, was sie wollen und auch ihre schon angekündigte Protestversammlungen werden ihnen nichts nützen.

Die große, breite Masse aber, die nunmehr zu erhöhten Leistungen für die Commune herangezogen werden soll, möge dem gegenüber den städtischen Behörden recht eindringlich zu Gemüthe führen, daß sie nicht nur Pflichten übernimmt, sondern darob auch Rechte beansprucht, die sie in den Stand zu setzen geeignet sind, ihren Wünschen oder Forderungen selbst Ausdruck zu verleihen, denn das Verständnis, welches man bis jetzt diesen von den verschiedenen Seiten entgegenbrachte, ist als gleich Null zu erachten.

Die große Masse, die arbeitende Bevölkerung, die ohnedies schon unter den drückendsten, zumal indirecten städtischen und staatlichen Steuern zu leiden hat, wird sich auch die neue Last von dem geringen Einkommen abdarben müssen; sie verlangt aber dafür die Rechte, welche nothwendiger Weise jedem steuerzahlenden Bürger werden müssen, wenn man nicht die gewaltsame Unterdrückung eines großen Theils der Bevölkerung herbeiführen will.

[Militärische Dienstleistungen, welche vor dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Alters-Versicherungs-Gesetzes stattgefunden haben, belasten das Reich nicht.] Eine Versicherungsanstalt, welche mit der von ihr festgesetzten Invalidenrente ausschließlich belastet war, hatte im Vorbehaltverfahren den Nachweis geführt, daß der Rentenberechtigte in der vorgesehlichen Zeit seiner Dienstpflicht genügt hatte. Dem Antrage der Versicherungsanstalt, auf Grund dieser Dienstleistung das Reich zu belasten, hatte das Rechnungsbureau nicht entsprochen, weshalb die Versicherungsanstalt gemäß § 160 Absatz 3 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes Widerspruch erhob. Durch Beschluß vom 5. Januar 1894 hat das Reichs-Versicherungsamt den Widerspruch mit folgender Begründung verworfen:

Allerdings bestimmt der § 158 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, daß auch in den Fällen der §§ 156 und 157 a. a. D. eins unter § 17 Absatz 2 a. a. D. fallende militärische Dienstleistung einem Arbeits- oder Dienstverhältnis gleich geachtet werden soll. Allein diese für die Rentenfestsetzung gegebene Vorschrift ist für die Vertheilung der Rente bedeutungslos. Das Verfahren bei Rentenvertheilungen während der Uebungszeit ist im § 160 a. a. D. geregelt. Dieser Paragraph bestimmt, daß das Rechnungsbureau die „Versicherungsanstalten“, in deren Bezirken der Versicherte während der dem Inkrafttreten des Gesetzes unmittelbar vorangegangenen fünfzehn Jahre nachweislich in einem die Versicherungs-pflicht nach dem Gesetze begründenden Arbeits- oder Dienstverhältnis gestanden hat, so zu belasten hat, als ob während dieser Zeit fortlaufend Beiträge in der Lohnklasse I entrichtet worden wären. Hätte der Gesetzgeber beabsichtigt, neben den Versicherungsanstalten auch noch das Reich aus Anlaß der in die vorgesehliche Zeit fallenden militärischen Dienstleistungen zu belasten, so hätte dies, ebenso wie es im § 28 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes für die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes vorkommenden militärischen Dienstleistungen ausgesprochen ist, hier besonders zum Ausdruck gebracht werden müssen. Da eine solche Bestimmung aber fehlt, so ist anzunehmen, daß der Gesetzgeber eine Belastung des Reichs für vorgesehliche militärische Dienstleistungen nicht hat eintreten lassen wollen. Diese Annahme ist umso mehr gerechtfertigt, als es an einem Maßstabe fehlen würde, nach welchem die Belastung des Reichs erfolgen sollte.

Inbesondere würde im § 28 a. a. D. für die Zeit nach dem Inkrafttreten des Gesetzes in Betreff der Reichsbelastung festgesetzte Lohnklasse II nicht ohne Weiteres auf die vorgesehliche Zeit angewendet werden können, in der die Belastung der Versicherungsanstalten lediglich nach den fingirten Beiträgen der Lohnklasse I stattfindet.

Auch die Entstehungsgeschichte des Gesetzes spricht dafür, die vorgesehlichen Militärdienste bei der Rentenvertheilung außer Betracht zu lassen. Wie die Begründung zu den §§ 21 bis 23 des Gesetzeswurfs ergiebt, sollte die Belastung des Reichs auf Grund militärischer Dienstleistungen lediglich dazu dienen, eine Ermäßigung des Rentenbetrages, wie sie für die Renten des Gesetzeswurfs bei längerer Unterbrechung der Beitragsleistung vorgesehen war, für den Fall zu verhindern, daß die Beitragsleistung aus Anlaß militärischer Dienste unterlassen war. Bei solchen Dienstleistungen aber, die in der Zeit vor dem Inkrafttreten des Gesetzes stattgefunden haben, kann ein Beitragsausfall gar nicht in Frage kommen, da für jene Zeit Beiträge überhaupt nicht zu leisten waren.

[Bekanntmachung.] Anlässlich des Pfingstschießens und der sogenannten Barmherzigen Brüder-Kirmes ist am Pfingstmontage auf dem Schießwerder- und Kopsplatz und am ersten Sonntage nach Pfingsten (dem sogenannten Trinitatis-Sonntage) auf dem Mauritiusplatz und der Klostersraße vom Dhlauer Stadtgraben bis zum Kloster der Barmherzigen Brüder in der Zeit von 4 Uhr Nachmittags bis 10 Uhr Abends das Feilhalten von Blumen, Bedwaaren, geringwerthigen Gebrauchsgegenständen, wie Glas-, Porzellan-, Kurz- und Galanteriewaaren, ferner von Obst, Wurstwaaren, Fischen und sonstigen Lebensmitteln, Erinnerungszwecken und ähnlichen Gegenständen, sowohl von festen, auf den für diese Zeit besonders zugewiesenen Standplätzen aus, als auch im Auf- und Abgehen auf den bezeichneten Plätzen gemäß § 55a der Novelle zur Gewerbe-Ordnung vom 1. Juni 1891 gestattet.

[Bezieht ein Post-Briefträger] von einem Zeitungsverleger mehrere Exemplare der Zeitung, welche er an seine Unter-Abonnenten während seiner Postbotengänge übermittelt, so ist, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, III. Strafsenats, vom 28. Septbr. 1893, der Zeitungsverleger aus § 27 Nr. 4 des Postgesetzes vom 28. October 1871 („Mit Geldstrafe... wird bestraft, wer Briefe und andere Sachen zur Umkehrung der Postgefälle einem Postbeamten oder Postillon zur Mitnahme übergiebt“) nur dann zu bestrafen, wenn die gedachte Prozedur festgestelltemaßen nur ein Scheinmanöver war, um die Zeitungs-Exemplare den Abonnenten, welche durch Vermittelung der Post zu abonniren beabsichtigt hatten, unter Umgehung des Postportogefalles durch den Briefträger zugehen zu lassen.

[Stadt-Theater.] Morgen, Sonnabend, geht das Lustspiel „Cornelius Boff“ von Franz von Schönthan in Scene. Als „Arnold Bäckers“ debütiert Herr Emil Höfer; die übrigen Hauptrollen befinden sich in Händen der Damen Richard und Lux, sowie der Herren Rückert, Göhns, Gerlach, Barna und Saar.

[Lobe-Theater.] Morgen, Sonnabend, geht zum ersten Male „Der Ausgestoßene“, Volksstück in 4 Acten mit Gesang und Tanz von Benno Rauchenegger, in Scene. Das Stück bietet dem Komiker der Truppe, Kaver Teroja, eine sehr dankbare Rolle. Sonntag Nachmittag wird die Gesellschaft zu ermäßigten Preisen eine Aufführung von „s Liferl von Schliersee“ veranstalten.

[Von der Ober.] Da gestern Vormittag Westwind eintrat, konnten die Fahrzeuge, die sich im Oberwasser angesammelt hatten, abegeln; leider hielt der Segelwind nicht lange an. — Gestern Vormittag trafen die Dampfer „Krapitz“ und „Oppeln“ hier ein und schleppten leere und beladene Fahrzeuge nach Oberschlesien weiter. Der Regierungsdampfer „v. Seebewitz“ schleppt einen Bauprahm nach Treßchen.

[Die Einfuhrbeschränkungen für Postsendungen nach Rußland, welche zur Abnahme der Cholera-gefahr erlassen worden waren, sind nunmehr aufgehoben worden.

[Vom städtischen Leihamte.] Im Amtlocale des Stadtleihamts (Stodgasse 6) kommen am 9., 10., 11. und 19. die innerhalb der Nummern 74,681 bis einschließlich 84,708 des Pfandbuchs verfallenen Pfänder zur öffentlichen Versteigerung. Diejenigen, welche ihre Pfänder nicht verlieren wollen, müssen dieselben bis zum Beginn der Versteigerung einlösen oder durch Zahlung der rückständigen Zinsen die Darlehensfrist ver-

längern. Seit dem Jahre 1890 waren die Expeditionsstunden auf 8—2 Uhr festgesetzt, und zwar konnten in dieser Zeit sowohl Einlösungen, wie Verlag- und Prolongationen der Pfänder vorgenommen werden. Auf Beschluß des Magistrats finden seit dem 1. d. Mts. die Expeditionsstunden von 8—12 Uhr und 2—5 Uhr statt und zwar in der Weise, daß von 8—9 Uhr Einlösungen, von 9—12 Uhr Verlag- und von 2—5 Uhr wieder Einlösungen vorgenommen werden sollen. Wenn schon in dem Umfange, für die verschiedenen Geschäfte verschiedene Stunden festgesetzt sind, eine Erschwerung für das Publikum liegt, so wird es für Viele auch geradezu unmöglich, ihre Geschäfte im Stadtleihamte fernerhin zu machen, weil ihnen nur die Mittagsstunden dazu zur Verfügung stehen. Für die Geschäfte in Juwelen, Gold- und Silberwaaren bleiben die bisherigen Bestimmungen bestehen; die Mittagspause zwingt aber den Taxator schon etwa um 11 1/2 Uhr mit den Geschäften abzubrechen, um dem Bureau-Personal die Möglichkeit zu gewähren, bis zum Beginn derselben die nöthigen Eintragungen in die Bücher zu machen.

[Ullarmirung der Feuerwehr.] Gestern Nachmittag 8 Uhr 10 Min. wurde die Feuerwehr von Station Nr. 69 (Carlsplatz, Ecke Goldene Stadegasse) nach der Goldene Stadegasse 24 gerufen. Es brannten in einer im Parterre des Vordergebäudes nach dem Hofe zu gelegenen Wurstmachereiwerkstatt einige Stück Holz, welche allzu nahe dem Ofen gelagert hatten. Das Feuer wurde noch vor Ankunft der Feuerwehr durch die Hausbewohner gelöscht.

[Auffinden eines Entseelten.] Am 3. d. Mts. wurde bei Dsmly in der Ober die Leiche eines Mannes gefunden, welche schon längere Zeit im Wasser gelegen haben muß. Der Entseelte war etwa 24 Jahre alt, mittlerer Statur und hatte schwarzes Haar. Er war nur mit grauer Stoffhose, grauer Weste, weißem Leinwandhemd, blauem Schlips und Lebergamaschen bekleidet; seine Kleidung war defect.

[Vermiss.] Wird seit dem 2. dieses Monats der 45 Jahre alte Schlossermeister Klimpke, Neue Weltgasse 30.

[Diebstahl vor einem Posthalter.] Das Dienstmädchen eines Kaufmanns auf der Hummerlei hatte am 4. d. Mts. ihr Lohn im Betrage von 50 Mark erhalten und wollte das Geld mit der Post wegschicken. Als sie zu diesem Zweck in dem Postamt auf der Neuschestrasse die Anweisung schrieb, war sie so fahrlässig, das Portemonnaie mit dem Gelde neben sich auf das Pult zu legen. Diese günstige Gelegenheit benutzte ein Dieb, um sich das Portemonnaie anzueignen. Der Verdacht lenkte sich auf einen großen, starken, fein gekleideten Mann in grauem Ueberzieher.

[Festgenommenen] wurde ein Buchhalter wegen Unterschlagung von 500 Mark und ein Arbeiter wegen Kluppelei.

**Mitglieder-Versammlung des socialdemokratischen Vereins für Breslau (Land).** Am Mittwoch fand in Pöpelwitz in der Wohnung eines Genossen eine Versammlung genannten Vereins statt, welche sehr zahlreich besucht war. Genosse Scheib sprach in einstündigem Vortrag über die „politische Lage des In- und Auslandes“. In die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine rege Discussion. Unter „Verschiedenem“ wurde beschlossen, die Vereinstage von Versammlung zu Versammlung zu bestimmen und findet die nächste diesen Sonntag statt. Nach einem Schlußwort des Referenten schloß um 10 Uhr 30 Minuten der Vorsitzende die Sitzung. —s—

### Schlesien.

**Altwasser.** In der Sitzung der Gemeindevertretung wurde der Hauptetat pro 1894/95 auf 73200 Mk. festgestellt, wovon der Armenetat 11200 Mk., der Amtsrat 10800 Mk. und der Schuletat 36900 Mk. beträgt. Im neuen Steuerjahre sollen zur Erhebung der Communalsteuer 220% als Zuschlag zur Staatseinkommensteuer und 110% als Zuschlag zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer kommen.

**Schnau.** Ein Steinbrecher in den im Kreise Schönau a. N. gelegenen Zeitendorfer Kalksteinbrüche hatte einen Sprengschuß zur Entzündung gebracht und wollte sich von der Wirkung des Schusses überzeugen, indem er das gelockerte Gestein mit einer eisernen Brechtange reidirte. Hierbei stand er auf einer einige Meter hohen Felswand. Unerwartet kam ein großer Stein ins Rutschen, in dem Arbeiter die Brechtange aus der Hand und trat ihn derartig an die Seite, daß er die Felswand hinabstürzte und auf der Stelle todt liegen blieb.

**Oppeln.** Streit zwischen Civil und Militär. Am Sonntag entstand, wie der „Oberl. Anz.“ meldet, bei der Tanzmusik im Razel'schen Gasthause in Königlichem Saal zwischen Militär und Civil eine große Zankerei. Der Danziger Hohl, welcher den Streit beilegen wollte, wurde derart verwundet, daß er hoffnungslos darniederliegt. Die Excedenten wurden verhaftet.

**Rattow.** 3. April. Feuer. — Einbruch eines Schachtes. Ein Hochfeuer hat vorgestern jenseits der Brzemsja verheerend gewüthet. Es wird der „Rattow. Ztg.“ mitgetheilt, daß in der Datschait Przorte bei Bendzin 14 Bestellungen durch Feuer, welches auf unangesehene Weise ausbrach, vernichtet wurden. Menschenleben sind dabei glücklicherweise nicht verunglückt, jedoch kam viel Vieh und Geflügel in den Flammen um. — Im Kohlenbergwerk Gaskelau bei Bendzin ist, wie die „Sp. Ztg.“ berichtet, ein Kohlenstach eingetürrt. Gif Vergleut wurden getödtet und eine große Anzahl verletzt.

**Koretan.** 2. April. In einer gemeinsamen Versammlung der Lande Lehrer des hiesigen Kreises war die

**Absendung einer Petition an die kgl. Regierung zu Bregenz** beschlossen worden, in welcher die Bitte begründet wurde, das Grundgehalt für die Landlehrer auf 1200 Mark zu normieren, die Bezüge für kirchliche Dienstleistungen in das Lehrgeld nicht einzurechnen und endlich die Gemeinden anzuhalten, Dienstalterszulagen einzuführen. Die Regierung hat jedoch, wie die „Bresl. Btg.“ mittheilt, die Petition zurückgewiesen, weil sie sich als eine Collectiv-Gingabe charakterisire. In den 50 Landlehrern wird es nun liegen, ihre Forderungen, die man für vorläufig auf diese Weise zurückwies, jeder einzeln für sich und zwar mit Nachdruck geltend zu machen.

**Glogau.** Ein Opfer seines Berufs würde der Landgerichtsrath Otto Niedergesäß in Glogau, der erst in die Lehre getreten war, und zwei Stunden später in eine Maschine gerieth, wodurch ihm drei Finger der rechten Hand zerquetscht wurden.

Wenn nicht etwa die Unvorsichtigkeit des Knaben dieses Unglück veranlasste, so charakterisirt es eine Ausbeutung, wie sie wohl nicht schlimmer gedacht werden kann, wenn ein Junge Maschinen hantieren muß, die zu bedienen er bei der kurzen Zeit unmöglich in der Lage sein kann. Und wer entschädigt diesen jungen Menschen vollends für die Einbuße seiner vollen Arbeitskraft? Wahrscheinlich es ist die höchste Zeit, daß die Unfallversicherung auf das Handwerk ausgedehnt und der maßlosen Lehrlingsausbeutung ein Halt gesetzt wird.

**Grünberg, 4. April.** In der letzten Kreisstadtsitzung wurde u. a. die Errichtung eines Gewerbegerichts für den Kreis Grünberg beschlossen.

**Grünberg.** Am Sonntag den 1. April, Nachmittags 5 Uhr, fand im Gasthof zum weißen Kopf eine gut besuchte Volksversammlung statt, in welcher Genosse Stolpe über „Antisemitismus“ sprach. Redner schilderte in eingehender Weise die Entstehung desselben und kennzeichnete die Art der Agitation, wie man sie von dieser Seite aus beliebt. Was die Ausbeutung der Arbeiter anlangt, so vertieft sich die christlichen Germanen darauf wohl am besten; in nächster Nähe, in Grünberg selbst lieferten die thätigsten Verhältnisse hierfür die schlagendsten Beweise. Nachdem der Vortragende im weiteren sowohl die antisemitische als auch das Programm der antisemitischen Partei und insbesondere die bekannnten Flugblätter derselben einer scharfen Kritik unterzogen hatte, schloß er unter dem stürmischen Beifall der Anwesenden seine stündigen Ausführungen. In der Discussion theilten sich einige Genossen, die sich im Sinne des Redneren äußerten. Im Schlußworte forderte Genosse Stolpe die Anwesenden auf, sich der Socialdemokratie anzuschließen und für dieselbe, so weit es in ihren Kräften steht, zu agitiren. Mit einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

**Aus den Nachbarprovinzen.**

**Senzlin, 5. April.** Im Kohlenbergwerk Koschelen bei Senzlin in en Kohlenacht eingestürzt. Elf Bergleute wurden getödtet; eine große Zahl ist schwer verletzt.

**Deutscher Reichstag.**

Original-Bericht der „Volkswehr.“

74. Sitzung.

Donnerstag, den 5. April. — 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Djanu bezügl. den Sonntagsunterricht in den Fortbildungsschulen.

Staatssecretar von Büttner: erklart sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Dr. Djanu (natl.) begründet die Interpellation. Ein Fortbleiben der Fortbildungsschulen in allen Gemeinden sei noch immer nicht verhängt. Das Verlegen des Fortbildungsumterrichts vom Sonntag auf einen Wochentag sei doch nicht durchführbar. Sollen die jungen Leute nach angeregter Tagesarbeit noch Abends die Schulen besuchen? Gerade aus den Kreisen der Jünglinge wurde ich dringend gebeten, für das Fortbleiben der Sonntagschulen einzutreten. Es wäre zu wünschen, daß die kirchlichen Behörden endlich ihren Widerbruch gegen den Sonntagsunterricht aufgeben sollten.

Staatssecretar von Büttner: Der Interpellation könnte kurz beantwortet werden, denn die Regierung hat sich formell mit der Sache noch nicht befaßt. Indessen ich will noch einige Bemerkungen machen. Ich möchte zunächst erwähnen, daß die Angelegenheiten im gegenwärtigen Moment nicht zum Gegenstand eingehender Erörterungen gemacht wird. Die kirchlichen Behörden haben verschiedene Anträge geltend gemacht, in zwei Regierungsbereichen sind die Schwierigkeiten behoben, dort wird der Sonntagsunterricht fortbleiben, an anderen Orten bestehen die Schwierigkeiten noch. Sie werden auch bis zum 1. October nicht beseitigt sein. Man erkenne, daß der Sonntagsunterricht notwendig ist, wenn nicht gerade die Verarmung der Jugend im Handwerk und Landbau auf ein weiteres Niveau herabgedrückt werden soll. Ich mag aber ebenso die kirchlichen Interessen als beratende anerkennen. Es muß sich zwischen beiden Interessen ein Ausgleich finden lassen, der auch gefunden werden muß, wenn man bei der Behandlung der Sache alle Schärfe vermeiden, die auch unangebracht ist. Die kirchliche Regierung hat bereits beschlossene, einen Gesetzentwurf einzubringen, der den bestehenden Zustand bis zum 1. October 1894 bis zum 1. October 1897 verlängert. Dem Reichstag wird noch zu dem Zweck dieser Gesetzentwurf zugestimmt. Ich habe Sie als diesem Grunde von einer Beantwortung der Interpellation abgesehen.

Der Antrag des Abgeordneten Dr. Djanu: Der Reichstag beschließt die Regierung zu ersuchen, die Interpellation zu beantworten.

Abg. Dr. Djanu: Ich bin sehr dankbar für die Erklärung des Staatssecretars, daß die Regierung sich mit der Sache noch nicht befaßt hat. Ich bin sehr dankbar für die Erklärung des Staatssecretars, daß die Regierung sich mit der Sache noch nicht befaßt hat.

preussischen Handelsministers hier zu Stande gekommen, daß es sich bis zum 1. October 1894 sehr wohl ermöglichen lassen werde, eine Reorganisation des Fortbildungsschulwesens zu Stande zu bringen. Der Kirchenbesuch ist für die jungen Leute häufig von größerer Wichtigkeit, als der Fachunterricht; es ist werthvoller für sie, sittlich und religiös zu werden. In Berlin vor allem leiden sie weniger an Mangel an technischen Kenntnissen, als an stiltlichen und religiösen Grundsätzen (Beifall rechts.) Schiebt man die Sache auf die lange Bank, so werden die Gemeinden ihrerseits nichts thun, sondern sagen: die Kirche muß kommen. Dem Probitorium muß deshalb eine bestimmte Grenze gezogen werden, sonst treffen die Communen keine Vereinbarung mit den Kirchenbehörden. Diese Vereinbarung ist aber leicht, wenn in den Sonntagschulen der Unterricht am Nachmittag erteilt wird. Das hat sich bei mir zu Hause recht gut bewährt.

Preuß. Handelsminister Jhr. v. Verlepsch: Ich habe von den Ausführungen des Vorredners den Eindruck erhalten, als sei er nicht, wie die Majorität des Hauses, von der Nothwendigkeit der Fortbildungsschule überzeugt. Die Regierung ist mit der Majorität des Hauses im Jahre 1891 der Meinung, daß der Unterricht in der Fortbildungsschule am Sonntag noch nicht entbehrlich ist. Man hat nun versucht, eine Vereinbarung mit der Kirche wegen des Gottesdienstes für die jungen Leute, die die Fortbildungsschule besuchen, zu treffen. Das ist leider noch nicht vollkommen gelungen. Principiell wünsche ich den Fortfall des Unterrichts am Sonntage überhaupt. Aber wie die Dinge heute einmal liegen, läßt sich der Zeichenunterricht nicht auf einen Wochentag verlegen. Es ist eine völlige Illusion, wenn man sich einbildet, die Berliner Jugend z. B. am Sonntag von 7 bis 9 in die Fortbildungsschule, von 9 bis 12 in die Kirche und von 12 bis 1 wieder in den Fortbildungsschulen zu führen zu können. Da ist es besser, vor Beginn des Fortbildungs-Unterrichts einen kurzen Gottesdienst am frühen Morgen abzuhalten. Der Regierung kann nichts ferner liegen, als die Kirche zu beeinträchtigen. Wir müssen nur noch Frist haben, um der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Abg. Dr. Bache (Centrum): Mit der Verlängerung der Uebergangsfrist auf weitere drei Jahre, wie sie die Regierung verlangt, ist nichts gewonnen. Ist es in den ersten drei Jahren nicht gelungen, ein Abkommen zu treffen, so wird es in den nächsten drei Jahren auch nicht gelingen. Die katholische Kirche hat sich überall dem Sonntagsunterricht anbequemt und einen besonderen Gottesdienst eingerichtet. Auf dem Gebiete der protestantischen Kirche haben sich aber Schwierigkeiten gezeigt, ein Arrangement zu treffen. Der Unterricht in den Fortbildungsschulen findet im Allgemeinen am Sonntag von 8-12 Uhr statt. Der Hauptgottesdienst der protestantischen Kirche findet zu denselben Stunden statt. Das hat der Staat zu respectiren. Die Frage ist: was soll den Vorrang haben, der Gottesdienst oder der Fortbildungsschulunterricht. Ich sage der Gottesdienst. Jeder Schüler nach Lehrer sind begeistert vom Unterricht am Sonntage. Ich möchte dringend, daß der Unterricht auf die Werktage verlegt werde, sei es auch in die Abendstunden. Der Zeichenunterricht läßt sich bei gutem häuslichen Licht am Abend erteilen. Die Arbeitgeber haben es nun freilich nicht gern, wenn ihnen in den Werktagen die jungen Leute für einige Stunden entzogen werden. Die jungen Leute sollen aber nicht nur ihr Handwerk lernen, sie sollen auch durch die Kirche erzogen werden. Es ist auch für die Arbeitgeber höchlich vortheilhafter, wenn die jungen Leute am Sonntag in die Kirche gehen. Ich kann der Regierung kein freundliches Entgegenkommen für ihren im Ausmaß gestellten Gesetzentwurf aus der Mitte meiner Parteifreunde versprechen. Sie muß energischer als bisher dafür kampfem, daß der Sonntagsunterricht im Fortfall kommt.

Abg. Dr. Weyers: Ich habe die Fortbildungsschulen sehr geschätzt und dem Fortbildungsschulunterricht eine große Bedeutung beigemessen. Die Kirchenbehörden in Berlin haben aber leider kein Entgegenkommen gezeigt. Wir haben in der Gesetzeskommission einen Vorschlag gemacht, der darin besteht, den Sonntagsunterricht zu verlegen auf den Samstag. Das ist ein Vorschlag, der sehr wohl angenommen werden kann. Der Unterricht könnte sehr wohl am Abend gegeben werden mit Ausnahme des Unterrichts in Zeichen und Modellieren. Dieser Unterricht würde dann am Abend gegeben werden mit Ausnahme des Unterrichts in Zeichen und Modellieren. Dieser Unterricht könnte sehr wohl am Abend gegeben werden mit Ausnahme des Unterrichts in Zeichen und Modellieren. Dieser Unterricht würde dann am Abend gegeben werden mit Ausnahme des Unterrichts in Zeichen und Modellieren.

Abg. Dr. Weyers: Ich habe die Fortbildungsschulen sehr geschätzt und dem Fortbildungsschulunterricht eine große Bedeutung beigemessen. Die Kirchenbehörden in Berlin haben aber leider kein Entgegenkommen gezeigt. Wir haben in der Gesetzeskommission einen Vorschlag gemacht, der darin besteht, den Sonntagsunterricht zu verlegen auf den Samstag. Das ist ein Vorschlag, der sehr wohl angenommen werden kann. Der Unterricht könnte sehr wohl am Abend gegeben werden mit Ausnahme des Unterrichts in Zeichen und Modellieren. Dieser Unterricht würde dann am Abend gegeben werden mit Ausnahme des Unterrichts in Zeichen und Modellieren.

Abg. Weyers: Ich habe die Fortbildungsschulen sehr geschätzt und dem Fortbildungsschulunterricht eine große Bedeutung beigemessen. Die Kirchenbehörden in Berlin haben aber leider kein Entgegenkommen gezeigt. Wir haben in der Gesetzeskommission einen Vorschlag gemacht, der darin besteht, den Sonntagsunterricht zu verlegen auf den Samstag. Das ist ein Vorschlag, der sehr wohl angenommen werden kann. Der Unterricht könnte sehr wohl am Abend gegeben werden mit Ausnahme des Unterrichts in Zeichen und Modellieren. Dieser Unterricht würde dann am Abend gegeben werden mit Ausnahme des Unterrichts in Zeichen und Modellieren.

unterrichtet muß, das sind unwürdige Zustände. Für den Zeichenunterricht ist eine ausgeruhete Hand nothwendig, ebenso wie für alle Unterrichtsgegenstände ein ausgeruhetes Kopf, das ist in den Abendstunden nicht möglich nach 10, 12, 14stündiger Arbeit. Für die Schüler der höheren Lehranstalten sorgen Sie ganz anders, da wird gefragt, ob diese Stunden häuslicher Arbeit nicht zuviel sind. Für den armen Handwerkslehrling kennen Sie diese Sorge nicht. In diesem Zwiespalt der Dinge bewegen wir uns, weil die Regierung in welcher Tapferkeit vor den Interessen des Unternehmers zurückweicht. Wenn das Gesetz nicht zu Stande kommt, so ist das keine große Schande. Die einfachste Lösung ist aber, den Fortbildungsschulunterricht obligatorisch zu machen. Da kann er auf die Wochentage verlegt werden, wie das in Baden speciell in Mannheim der Fall ist. In Baden liegt das Handwerk nicht mehr darnieder als anderswo. Die Innungsmeister, die Herr Osann anführte, sind die schlimmsten Gegner des ganzen Fortbildungsunterrichts. Die Meister wollen nicht, daß der Lehrling mehr lernt, als sie selbst können, daß der Lehrling etwas lernt, was sie ihm nicht zeigen können. Der Lehrling, das gequalteste Menschenkind, soll auch einen arbeitsfreien Tag haben. Wir verlangen den obligatorischen Unterricht und fordern, daß dabei die kirchlichen Interessen, es sind ja gar nicht einmal religiöse Interessen, ganz außer Frage bleiben. Wir werden unsere Antrag auf Tagesunterricht an Wochentagen wieder einbringen. Sie sprechen immer von Wochentagsunterricht, es giebt in Preußen keinen solchen, sondern nur einen Wochen nachtsunterricht. Die jungen Leute gehen Abends um 11 Uhr in die Schule und kommen erst um Mitternacht heraus. Alle anderen Vorschläge sind Nichtigkeiten, man will den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen. Beifall bei der Socialdemokratie.)

Abg. Müller (natl.) Wir haben den Fortbildungsschulunterricht am Sonntag stets für nothwendig gehalten und von einigen Centrumsabgeordneten ist dieser Standpunkt als berechtigt anerkannt worden. Der Fortbildungsschulunterricht hat hervorragende socialpolitische Bedeutung. Wir begrüßen den angefündigten Gesetzentwurf mit Freuden.

Abg. Schall (cons.) vertheidigt die Kirchenbehörde um ihre Haltung. Auch die kirchlichen Behörden erkennen das Gute der Fortbildungsschulen an, von einzelnen städtischen Behörden sind aber ganz unannehmbare Forderungen gestellt worden. Die Regierung sollte dafür sorgen, daß der gegenwärtige Zustand baldmöglichst ein Ende erreicht, nicht daß er noch verlängert wird. Das kirchliche Bedürfnis der Fortbildungsschüler muß befriedigt werden können.

Damit ist die Discussion erschöpft die Interpellation ist damit erledigt.

Das Haus vertagt sich auf morgen. Tages-Ordnung der nächsten Sitzung, Freitag 1 Uhr. Interpellation von Kardorff. Währungsfrage. Schluß 5 Uhr 30 Min.

**Gerichtliches.**

Wegen Gendarmenbeleidigung, begangen durch die Presse, hatte sich gestern, am 5. April, Genosse Schebs vor der Strafkammer I hiesigen königl. Landgerichts zu verantworten. In Nr. 247 der „Volkswehr“ vom 20. October v. J. erschien ein Artikel mit der Ueberschrift „Russische Zustände“, worin berichtet wird, daß der Gerdarm von Gerdain den Arbeiter Kinast verhaftet, nach dem Amtlocal transportirt und dort — nachdem die Thür vergeschlossen und die Fenster verhängen wurden — mit d-m Säbel auf den Arrestanten eingeschlagen, bis dieser zusammenbrach, worauf er mittelst Wagen nach dem Kloster der Barnherzigen Brüder geschafft werden mußte. Durch diesen Artikel übte sich der Gendarm Jäschke beleidigt und stellte Strafantrag gegen Schebs und den der Beihilfe verdächtigten Genossen Fuchs. Die Zeugenaussagen standen sich vollständig gegenüber den Aussagen des Amtsvorsethers, des Gendarmen und des Erbja Mandel, welcher bei der Verhaftung behilflich war. Es wurde festgestellt, daß Kinast von dem Gendarm über Kopf und Arm geschlagen worden ist und drei Wochen im Krankenhause zubringen mußte. Jäschke gab an, sich in „Nothwehr“ befunden zu haben, da ihn der K. mit dem Fake an's Schienbein gestoßen habe. — Der Staatsanwalt hielt jedoch die Beleidigung des Herrn Gendarmen für erwiesen; von einer brutalen Mißhandlung könne hier nicht die Rede sein, da die Instruction für die Gendarmerie im § 1 bestimmt, daß, wenn gelinde Mittel nicht helfen, die Beamte von seiner Waffe Gebrauch machen können. Der Artikel enthalte Unwahrheiten (!) und sehr schwere Beleidigungen, (??) so daß trotz der Unbedenklichkeit des Angeklagten, Redacteur Schebs, eine Geldstrafe nicht angemessen erscheine; er beantrage einen Monat Gefängniß, gegen Fuchs 30 Mk. Geldstrafe event. 6 Tage Gefängniß. Der Vertheidiger, Herr Rechtsanwalt Maruse, erachtete den Wahrheitsbeweis vollständig geführt und hob insbesondere hervor, daß die von einer Nothwehr seitens des Gendarmen behaupteten Schwächen Kinast gegenüber gar nicht in Rede sein könne und er seine Amtsgewalt überschritten habe. Hätte doch selbst der Herr Amtsvorsetzer zugegeben, daß ein solcher Vorgang nicht möglich war. Außerdem sei die dem Angeklagten der Schutz des § 193 (Wahrung b

rechtigster Interessen) zur Seite und plaudere er demnach für völlige Freisprechung des Schebs. Der Gerichtshof war jedoch der Ansicht des Staatsanwalts, daß der Gendarm mit Recht von seiner Waffe Gebrauch gemacht, des Ferneren sei die Beweisführung nicht gelungen und verurtheilte die beiden Uebeltäter Schebs und Fuchs zu je 50 Mark Geldstrafe event. 10 Tage Gefängnis; dem Fuchs wurde Publikationsbefugnis zugesprochen. — Die gekränkte Ehre des Gendarmen ist nun gerettet!

„Geselligkeit“ und „Freundschaft“, ein neuer Beitrag zur Auslegung des Vereinsgesetzes. Das Obergericht verhandelte gestern über einen wichtigen Proceß, über den uns Folgendes mitgeteilt wird: In Danzig hatte sich ein Verein „Geselligkeit“ gebildet, der sich am 19. April v. J. auflöste; die Mitglieder des alten Vereins traten bald darauf zu einem Verein „Freundschaft“ zusammen. Der Vorsitzende dieses Vereins, Tischler C. Müller zu Petershagen bei Danzig, erhielt bald darauf von der Polizei auf Grund § 2 des Vereinsgesetzes die Aufforderung, die Statuten der Vereinsmitglieder, ferner auch Zeit und Ort der Vereinsversammlung anzugeben. Müller kam trotz mehrfacher Aufforderung den polizeilichen Anordnungen nicht nach, da der Verein „Freundschaft“ nur die Geselligkeit pflegen wolle; Vereine, welche öffentliche Angelegenheiten gar nicht in den Kreis ihrer Berücksichtigung ziehen, unterlägen aber nicht dem Vereinsgesetz. Die Polizei setzte darauf gegen Müller eine Strafe von 20 Mk. fest und drohte Letzterem bei fernerer Nichtbefolgung der polizeilichen Anordnung eine weitere Strafe von 50 Mk. an. Hiergegen erhob Müller ohne Erfolg Beschwerde. Die Beschwerde wurde mit der Begründung abgewiesen, die Mitglieder des fraglichen Vereins seien Socialdemokraten, auch halte der Verein seine Sitzungen in einem Local ab, wo fast nur Socialdemokraten verkehren; daher sei die Vermuthung wohl begründet, daß der Verein späterhin eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke. Als ob Socialdemokraten nicht so gut wie alle anderen Staatsbürger das Recht hätten, einen unpolitischen Verein zu gründen! Es giebt gesellige Vereine, die nur conservative Mitglieder zählen und doch nicht dem Vereinsgesetz unterstehen. Irgeud einer Partei gehört ja jedes Mitglied eines geselligen Vereins an, und irgend einer Partei gehören auch die Besucher öffentlicher Locale an, folglich müßte, wenn die Begründung der Abweisung der Beschwerde zutreffend wäre, kein geselliger Verein in einem öffentlichen Locale tagen dürfen, ohne der Polizeiaufsicht zu unterstehen. Müller beschritt gegen den Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen den Klageweg. Er bestritt, daß der Verein aus Socialdemokraten bestehe und bezeichnete es als unerheblich, wenn sonst im Vereinslocal viele Socialdemokraten verkehren; der Verein bezwecke auch in Zukunft nicht auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken.

Das Obergerichtspräsidenten erachtete die Klage, soweit sie gegen die Festsetzung der Strafe von 20 Mk. gerichtet ist, nach § 133 II des Landesverwaltungs-Gesetzes für unzulässig, da in solchen Fällen nur die Beschwerde

stattfinde, soweit die Klage sich aber gegen die Androhung einer Strafe von 50 Mk. richtete, für begründet. Wenn die Verfassungsurkunde für den preussischen Staat in den Artikeln 20 und 30 allen Personen das Recht verleiht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen und wenn § 2 des Vereinsgesetzes die Vorsteher solcher Vereine, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, verpflichtet, das Vereinsstatut und das Mitglieder-Verzeichniß der Polizei einzureichen, so ist hiermit nach Ansicht des Obergerichtspräsidenten unzweifelhaft eine Garantie gewährt für das Recht aller Staatsangehörigen, ohne jede polizeiliche Beschränkung für erlaubte und nicht politische Zwecke in geschlossenen Räumen zu Gesellschaften zusammenzutreten. Hieron wird aber die Veranstaltung öffentlicher Lustbarkeiten nicht betroffen. Um solche handelt es sich im vorliegenden Falle auch nicht. Der Umstand, daß der Verein aus Socialdemokraten bestehen soll und in einem Local seine Sitzungen abhält, wo viele Socialdemokraten verkehren, reicht nicht hin, um den Bescheid des Oberpräsidenten aufrecht zu erhalten; das mitmachliche Verhalten des Vereins in der Zukunft kommt nicht in Betracht.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 5. April.

Heiraths-Ankündigungen. I. Haushälter Hugo Elger, kath., Burgfeld 16, und verw. Maria Stephansky, geb. Grabsch, kath., ebenda. — Zimmermann Max Machner, ev., Berliner Chaussee (Belvedere), und Bertha Fichte, evang., Friedrich-Carlstr. 24. — Landwirth Dr. phil. Felix Dhyrenfurth, ev., Schodwitz, und Ella Alexander, jüd., Königsplatz 8. — Kutcher Paul Gärtner, kath., Kupferhämdestraße 64, und Ida Ulbrich, ev., Taugienstraße 26.

Geschliedungen. I. Haushälter Franz Unger, kath., mit Susanna Kuflok, kath., hier. — Fleischer Paul Schwarzer, ev., mit Helene Herrmann, ev., hier. — Schultze Johannes Pödeima, kath., mit Louise Meyerste, kath., hier. — Pract. Arzt Dr. med. Siegm. Marcus, jüd., mit Paula Hirsch, jüd., hier. — Bäckergefell Hermann Rauw, ev., mit Pauline Antelmann, ev., hier. — II. Kellner Paul Tische, kath., mit Marie Bollwahn, ev., hier. — Ofenbrennermeister Julius Kniebando, kath., mit Mathilde Conrad, kath., hier. — Kaufmann Gustav Ritter, jüd., mit Louise Salamonski, jüd., hier. — Haushälter Franz Fleischer, altkath., mit Ernestine Becker, ev., hier. — Kaufmann Bernhard Behrendt, jüd., Offenbach a. M., mit Anna Hirschberg, jüd., hier. — Maurer Paul Reinert, ev., mit Anna Jäfel, ev., hier. — Ganzleibant Albert Guggmann, ev., mit Martha Kestner, ev., hier. — III. Fuhrwerksbesitzer Hermann Rood, ev., mit Martha Marx, kath., hier. — Klempner Paul Nawroth, kath., mit Elisabeth Hubrig, ev., hier. — Brauer Carl Srah, ev., mit Anna Wittmann, ev., hier. — Kutcher Paul Beier, ev., mit Pauline Schönfeld, ev., hier.

Geburten. I. Böttcher Alexander Kwasiemski, kath., S. — Drechsler Emil Suckow, kath., I. — Director der Victoriafschule Ferdinand Unruh, evang., I. — Haushälter August Mauer, evang., S. — Kürschner Petrus Pierdel, kath., I. — Schlosser Ferdinand Vorreiter, kath., S. — II. Straßenbahn-Conducteur Anton Szwowski, kath.,

I. — Friseur Franz Kust, altkath., S. — Kutcher Wilhelm Franke, evang., I. — Arbeiter Hermann Breitschneider, kath., S. — Tischler Paul Müller, evang., S. — Schuhmacher Paul Fuchsmat, kath., S. — III. Haushälter Josef Rager, kath., S. — Cigarrenmacher August Minke, kath., I. — Paul Richard Schäfer, evang., I. — Tischlermeister Hugo Willert, evang., S. — Schuldiener August Brack, kath., S. — Maurermeister Heinrich Gerlach, evang., I. — Arbeiter Heinrich Siegel, kath., I. — Tischler Carl Fräsel, kath., S. Todesfälle. I. Arbeiterwitwe Rosina Barbis, geb. Karst, 85 J. — Haushälter August Dreiwiler, 28 J. — Wilhelm, S. des Arbeiters August Mahlig, 3 M. — Tischlerfrau Clara Schwarz, geb. Schur, 26 J. — Tischlerfrau Maria Becker, geb. Trach, 50 J. — Margarethe, I. des verst. Hotelbesizers Ferdinand Hartley, 13 Jahr. — II. Emma, I. des Arbeiters Eduard Spillmann, 1 J. — Particularier Jonas Deutsch, 81 J. — Cigarrenmacher Oscar Kühnel, 36 J. — Eisenbahn-Packmeisters-Witwe Marie Lange, geb. Suchantke, 35 J. — Herbert, S. des Stations-Assistenten a. D. Alois Schiller, 1 J. — Friede, I. des Schuhmachermeysters Karl Pieczonka, 7 W. — Eisenbahn-Zugführer Josef Wolf, 44 J. — Arbeiter Wilhelm Hartmann, 46 J. — Schlossermeistersfrau Theresia Wächler, geb. Gaake, 58 J. — Schuhmachersfrau Henriette Weike, geb. Thiel, 82 J. — Frau Geheime Baurath Louise Bender, geb. Schwenke, 58 J. — Gertrud, I. des Vorhämde Ernst Guhr, 7 Mon. — Geh. Justizrath und Landgerichts-Director Berthold Bartolomäus, 68 J. — Näherin Anna Klein, 55 J. — Schuhmacherswitwe Mathilde Schlüter, geb. Kur, 81 J. — III. Richard, S. des Arbeiters Paul Thiel, 3 J. — Eisenbahndepotarbeiterwitwe Beate Müller, geb. Schüpke, 72 J. — Badedienerswitwe Henriette Böhm, geb. Greulich, 63 J. — Brennereihilfe Josef Richter, 25 J. — Kurt, S. des Schneiders Josef Przinara, 11 Mon. — Hedwig, I. des Arbeiters Karl Vanger, 5 Mon. — Commis Paul Wagner, 22 J. — Elisabeth, I. des Schneidermeisters Eduard Bartisch, 9 Mon. — Schlosser Emil Ude, 28 J. — Maurer Julius Unger aus Dittersbach, Kreis Waldenburg, 55 J.

Breslau, 5. April. (Amtlicher Producten-

Börsen-Bericht.) Roggen (per 1000 Kilogramm) per April 115,00 Br., April-Mai 118,00 Br. Hafer (per 1000 Kilogramm) per April 137,00 Br. — Hübel (per 100 Kilogr.) — gekündigt — Ctr., loco, in Qualitäten à 5000 Kilogr. — per April 44,50 Br., per April-Mai 44,50 Br. per September 45,50 Br. — Spiritus (per 100 Liter à 100 pCt.) ohne Faß; excl. 50 und 70 Mk. Verbrauchsabgabe, gekünd. 10,000 Pfr., abgelassene Kündigungsscheine —, per April 50er 47,90 Gd., 70er 28,30 G. Zinf ohne Umfag.

Breslau, 5. April. (Breslauer Mehlmarkt.)

Weizen-Anstugsmehl per Brutto 100 kg. incl. Sac 21,50 bis 22,00 Mk. — Weizen-Semmelmehl per Brutto 100 kg. incl. Sac 19,25 — 19,75 Mk. — Weizen-Ableie per Netto 100 kg. in Käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 8,20 — 8,60 Mk., b) ausländisches Fabrikat 7,60 — 8,00 Mk. — Roggenmehl fein per Brutto 100 kg incl. Sac 17,00 — 17,50. — Futtermehl per Netto 100 Kilogramm in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 8,60 — 9,00 Mk., b) ausländisches Fabrikat 8,20 — 8,60 Mk.

Todes-Anzeige. Am 5. d. Mts. verschied nach langen und schweren. mit grosser Geduld ertragenen Leiden, unser inniggeliebter Gatte, Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Cigarrenmacher **Oskar Kühnel** im blühenden Alter von 36 Jahren 8 Monaten. Die trauernde Gattin nebst Sohn. Die Beerdigung findet Sonntag, den 8. April. Nachmittags 3 Uhr nach Gräbschen statt. Trauerhaus: Ziethenstrasse No. 18.

Todes-Anzeige. Am 5. d. Mts. starb nach langem schweren Leiden unser Kollege und Parteigenosse der Cigarrenmacher **Oskar Kühnel** im Alter von 36 Jahren an der Proletarier-Krankheit. Wir verlieren in ihm einen treuen Kämpfer für Wahrheit, Freiheit und Recht. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Breslaus.**

Stadt-Theater. Direction: Dr. Theodor Loewe. Freitag: Der Widerspenstigen Zähmung. Sonnabend: Cornelius Vosz. Lobe-Theater. Direction: Fritz Witte-Wild. Freitag: Gastspiel des Schliersee's Bauerntheaters. Der Herrgottsminister von Ammergan. Sonnabend: Gastspiel des Schliersee's Bauerntheaters. Zum ersten Male: Der Jungfer's etc. Collaud mit Gesang und Tanz in 4 Acten von B. Kauffmann.

Todes-Anzeige. Am 4. d. M. verschied nach kurzem, schweren Leiden unser inniggeliebtes Söhnchen im zarten Alter von 9 Monaten. Dies zeigen tiefbetrubt an **A. Schablinsky** und Frau. Beerdigung: Sonnabend Nachmittags 4 Uhr. Trauerhaus: Popelwitz 63b, Berliner Chaussee, 2270

Sozialisten-Markt. Glas- u. Streichorchester 1,20 Mk. netto, f. Chor à Stimme 10 Pf. f. Jeder 50 Pf. gegen Einzahlung des Betrags portofrei. **J. Günther, Musik-Verlag, Dresden.**

Freie Religionsgemeinde Erbauungshalle Grünstraße 6. Sonntag, den 8. April, Vormittags 9 1/2 Uhr: Erbauung, Prediger Tschirn.

Aus Leben und Wissenschaft. Gesammelte Vorträge und Aufsätze von **Dr. Arnold Dodel.** Ordentl. öffentl. Professor an der Universität Zürich. Erste Lieferung: **Bauer, Arbeiter u. Wissenschaftler.** Drei gemeinverständliche Vorträge gehalten im Vereinshaus des deutschen Arbeiterbildungs-Vereins in Zürich. 2. Lieferung: **Conrad Deubler, Der oberösterreichische Bauern-Philosoph.** Vom Weib. Seine soziale Stellung und seine Befähigung.

Freie Vereinigung aller in der Stroh- und Filzbranche beschäftigten Arbeiter u Arbeiterinnen Breslaus. Jeden Sonnabend Abends 8 Uhr: Kassenabend bei Stasiowski, Jankestrasse 20. Aufnahme neuer Mitglieder. Gauverein Breslauer Bildhauer. Jeden Sonnabend 9 Uhr: Vereinsabend im Restaurant „zum Bar auf der Orgel“, Kupferhämdestr. 39. Localverband deutscher Zimmerer Breslaus. Jeden Sonnabend von 8-10 Uhr: Kassenabend des Verbandes der Zimmerer Breslaus, sowie Kassenabend der Central-Kassenkasse i. d. Brauerei, Herrnhstr. 19. Localverband deutscher Tapezierer, Schilfen. Jed. Sonnabend Abends 8 Uhr: Kassenabend von 8-10 Uhr im Jabel's Restauration, Kl. Grosse Kassenlocal, verbunden mit Arbeitstag Nr. 15.

nachweis bei Pförtner, Laurentienstrasse 26b. — Aufnahme neuer Mitglieder. — Die Central-Verberg befindet sich in Edlich's Brauerei „zu den drei Tauben“, Neumarkt 8. Metallarbeiter-Verband (Zahnheller Breslau [Schlosser]) Jed. Sonnabend Ab. 8 Uhr: Kassenabend, Ausgabe des Verbandsorgans, Umtausch neuer Bibliotheks-Bücher und Aufnahme neuer Mitglieder im Locale „zu den 3 Tauben“, Neumarkt 8. Allgemeine Kranken- und Sterbe-Kasse der deutschen Drechsler und der verwandter Berufs-Genossen. (E. G. 86 Hamburg.) Jeden Sonnabend Abends von 8-10 Uhr: Kassenabend im Leopold's Restaurant Hummerlei 32. Central- u. Sterbekasse der Tischler und Berufs-Genossen. Arbeiter (Hamburg). Jed. Sonnabend vor dem 1. und 15. im Monat, Abends von 8-10 Uhr, bei Herrn. Kl. Grosse Gasse 10.11. Deutscher Metall-Arbeiter-Verband, Section der Zeugschmiede- und Wagenbauer, hier, alle Sonnabende Aufnahme neuer Mitglieder von 8-10 Uhr Abend in der Restauration bei Herrn Galle, Anderssohnstrasse 4.

Freie Vereinigung aller in der Stroh- und Filzbranche beschäftigten Arbeiter u Arbeiterinnen Breslaus. Jeden Sonnabend Abends 8 Uhr: Kassenabend bei Stasiowski, Jankestrasse 20. Aufnahme neuer Mitglieder. Gauverein Breslauer Bildhauer. Jeden Sonnabend 9 Uhr: Vereinsabend im Restaurant „zum Bar auf der Orgel“, Kupferhämdestr. 39. Localverband deutscher Zimmerer Breslaus. Jeden Sonnabend von 8-10 Uhr: Kassenabend des Verbandes der Zimmerer Breslaus, sowie Kassenabend der Central-Kassenkasse i. d. Brauerei, Herrnhstr. 19. Localverband deutscher Tapezierer, Schilfen. Jed. Sonnabend Abends 8 Uhr: Kassenabend von 8-10 Uhr im Jabel's Restauration, Kl. Grosse Kassenlocal, verbunden mit Arbeitstag Nr. 15.

Bereinigter Gutmacher. Jeden Sonnabend, Abends von 8-10 Uhr Kassenabend im „rothen Löwen.“ Aufnahme neuer Mitglieder. Allgemeines Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (E. G. 29.) Jeden Sonnabend Abends 8-10 Uhr und Sonntag von 12-2 Uhr Kassenabend im „goldnen Hecht“, Kneipstrasse 65. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands (E. G. 5). Jeden Sonnabend, Abends von 8-10 Uhr: Kassenabend in Edlich's Brauerei, Neumarkt 8. — Aufnahme neuer Mitglieder. Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (Hamburg). Jed. Sonnabend, Abends 8 Uhr: Kassenabend und Aufnahme neuer Mitglieder in Seider's Brauerei, Herrenstrasse 19 (Ede Engelsburg).

Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter und verwandter Berufs-Genossen. — (Zahlstelle Breslau.) — Jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr: Vereins- und Kassenabend in Müllers Local, Lehndamm 28. — Aufnahme neuer Mitglieder. — Deutscher Holzarbeiter Verband. (Zahlstelle Breslau.) Jeden Sonnabend: Vereins- u. Kassenabend in Jänisch's Brauerei, Heinrichstrasse 5.

Hagnau. Arbeiter-Verein. Alle 14 Tage Montag Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gasth. „zum goldenen Löwen.“ Arbeiter-Gesangverein „Hedenstr.“ — Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr: Übungsstunde im Gasth. „zum goldenen Löwen.“ — Aufnahme neuer Mitglieder

57 57 57 57 57 57 57 57 57 57 57 57

# Herrn- und Knaben-Garderobe

in nur reeller Waare, billiger als Ueberall

## Eduard Freund, 57, Reusche-Strasse 57,

Ecke Hinterhäuser.

57 57 57 57 57 57 57 57 57 57 57 57

**Verein Deutscher Schuhmacher.**  
 Zahlstelle I (Hl. Groschengasse 15, Zabels Restauration).  
 Die nächste Mitgliederversammlung findet  
**Montag, den 16. April** statt.  
 2273

**Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der  
 Töpfer und Berufsgenossen**  
 Breslau's und Umgegend.  
 Sonnabend, den 7. April cr., Abends 8 Uhr  
 in Mertin's Local, Kleine Groschengasse 10/11  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom ersten Quartal. 2. Verschiedenes.  
**Der Vorstand.**

Soeben erschienen:

# „Der wahre Jakob“

Nr. 201

illustrirtes sozialdemokratisches Wochblatt.

Preis 10 Pf. Zu beziehen durch alle Preis 10 Pf.  
 Kolporteurs.

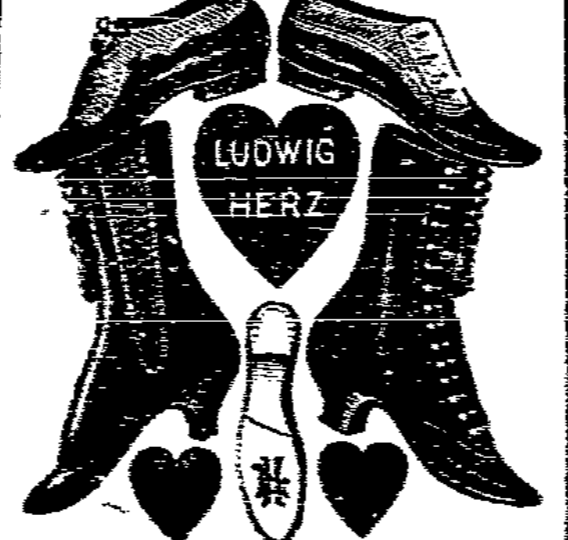
**Feste Preise!**

**Weit davon**

Mit Schmutz bewirkt voll Hinterlist  
 Anständ'ge Menschen manch' Dube  
 Und zieht sich grinsend dann zurück  
 In seine sichere Stube,  
 Derweil den **Prahlscham** packt die Luft,  
 Mit Andern anzubandeln,  
 Meint er — und wies sich in die Brust —  
 Zum Wohl der Menschheit zu handeln.  
 „Gold 74“ stets verschmäht  
 Solch Mittel niedriger Seelen —  
 Sie übt nur strengste Keuslichkeit,  
 Da kann's an Kunden nie fehlen!

**Abschieds-Fest.**  
 Sonnabend, den 7. April cr.:  
**Großes Abschieds-Kränzchen**  
 der Breslauer Nachtwachtbeamten  
 im Saale zum „Deutschen Kronprinzen“, Kurzgasse.  
 Anfang 7 Uhr.  
 Entree: Herr incl. Dame 75 Pf., einzelne Dame 25 Pf.  
 Alle Gönner des Nachtwachtwesens sind eingeladen.  
**Das Comité.**

**Ludwig Herz.**  
 Blücherplatz 4  
 neben der Mohren-Apothete.



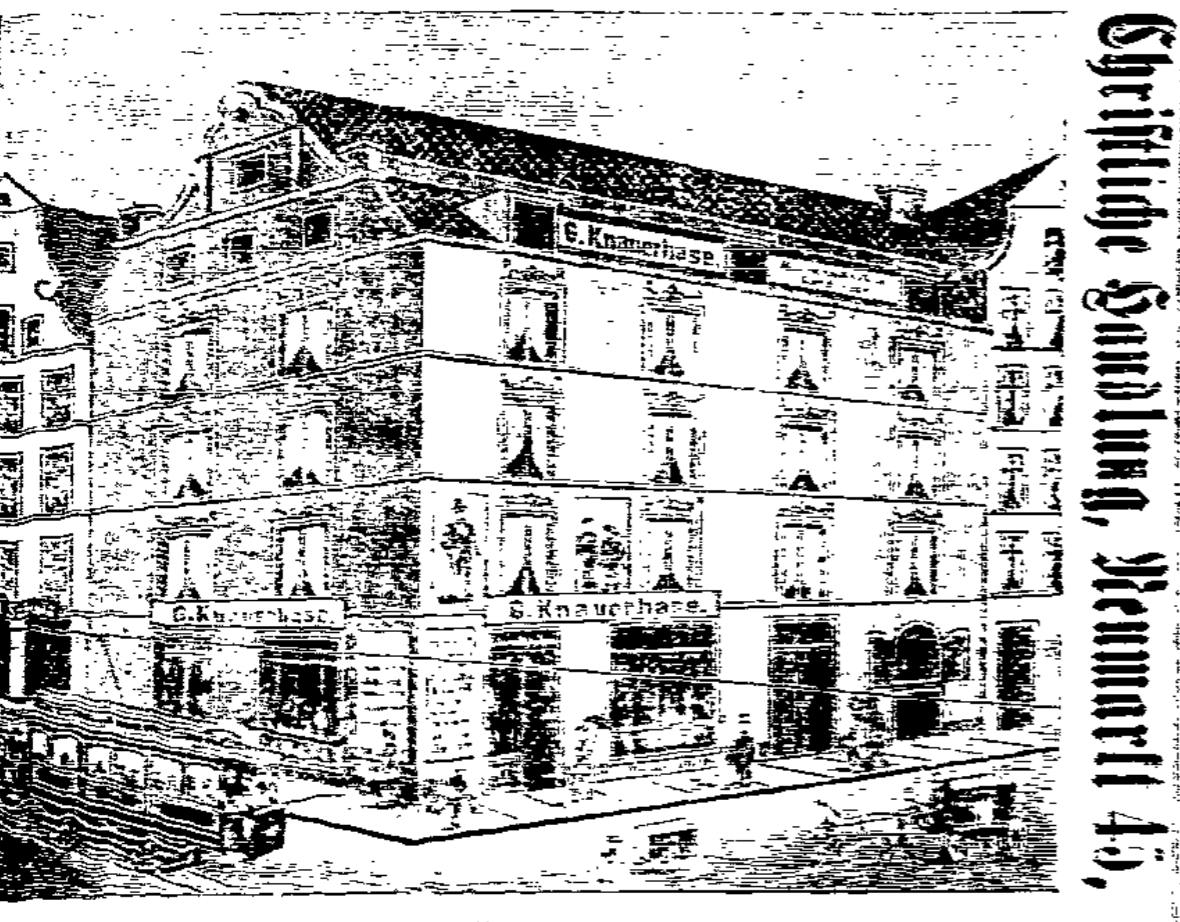
**Confirmanden-Schuhe**  
 für Knaben und Mädchen  
 elegant und billig.

Herrn-Juggamaschen glatt  
 ohne Knöpfe, weißer Stoff 1.70  
 Herren-Juggamaschen glatt  
 ohne Knöpfe, weißer Stoff 1.80  
 Herren-Juggamaschen  
 ohne Knöpfe, weißer Stoff, elegant  
 1.80 bis 2.50  
 Prima Stiefel, aus 1. Stück  
 ohne Knöpfe, weißer Stoff 9.00  
 Paarweise 14.50  
 Gabe Damen-Jugstiefel  
 ohne Knöpfe 4.50  
 Gabe Damen-Jugstiefel  
 ohne Knöpfe 5.50  
 In Stiefeln, mit Leder  
 ohne Knöpfe 6.50  
 In Stiefeln, ohne Knöpfe  
 ohne Knöpfe 7.50  
 Damen-Ruschstiefeln, elegant  
 ohne Knöpfe 7.50  
 Damen-Dampfschuhe, ohne Knöpfe  
 ohne Knöpfe 3.00  
 Led.-Stiefel f. Herren u. Damen  
 ohne Knöpfe 1.50  
 Kinderstiefel in Segel, Schokolade  
 und Leder  
 in großer Auswahl und besten  
 Material und billigen Preisen.  
**Caru- und Hummelschuhe**  
 in Segel- und Leder.

**!! Achtung !!**  
 Da ich die Restauration  
 Nr. 65, Hirschstraße Nr. 65  
 übernommen habe, ersuche ich meine  
 Freunde und Kollegen um gütigen  
 Zuspruch.  
 Jeden Sonnabend:  
**Eisbeine.**  
 J. Gürlisch

Empfehle meinen Barbier, Friseur  
 und Haarschneide-Salon einer ge-  
 neigten Beachtung  
**Paul Püschel**  
 89, Matthias-Strasse 89.  
 „Welfenschwanz“ liegt aus.

**20 pCt. billiger  
 wie überall**  
 zu streng festen Preisen.  
**Confirmanden - Anzüge**  
 von 6,50 Mk.  
**Pelerinen - Mäntel**  
 für Herren u. Knaben,  
**Gesellschafts-Anzüge**  
 in Kammgarn und Cheviot.



**Schriftliche Sandlung, Neumarkt 45.**  
 empfiehlt zur Confirmation Anzüge in Kammgarn, Salin und Cash-  
 blan, Schwarz und Maringo zu auffallend billigen und festen Preisen  
**Nur Neumarkt 45, Kupferstichgasse.**

**Rohtabake!**

Sumatra, gute Dosen, a Stk. 1.50, 1.70, 2.00, 2.40, 3.00, 3.60  
 Carmen La Is Humblat a Stk. 1.15.  
 Felix-Einlage und Humblat von 1.00 bis 1.80 Mk.  
 Pfälzer-Einlage und Humblat von 0.65 bis 0.80 Mk.  
 Grns. Humblat von 0.40 bis 0.80.  
 Java-Humblat, a 1.10 und 1.20 Mk.

**Johannes Kubis, Gneisenauplatz 1.**

**Fabrik von Arbeiterlachen**  
 Spezialität: Arbeitshosen.  
**E. Liedecke, Stadgasse Nr. 30.**  
 En gros. 2165 En détail.

**Confirmanden-Schuhe**  
 für Knaben und Mädchen  
 elegant und billig.

Herrn-Juggamaschen glatt  
 ohne Knöpfe, weißer Stoff 1.70  
 Herren-Juggamaschen glatt  
 ohne Knöpfe, weißer Stoff 1.80  
 Herren-Juggamaschen  
 ohne Knöpfe, weißer Stoff, elegant  
 1.80 bis 2.50  
 Prima Stiefel, aus 1. Stück  
 ohne Knöpfe, weißer Stoff 9.00  
 Paarweise 14.50  
 Gabe Damen-Jugstiefel  
 ohne Knöpfe 4.50  
 Gabe Damen-Jugstiefel  
 ohne Knöpfe 5.50  
 In Stiefeln, mit Leder  
 ohne Knöpfe 6.50  
 In Stiefeln, ohne Knöpfe  
 ohne Knöpfe 7.50  
 Damen-Ruschstiefeln, elegant  
 ohne Knöpfe 7.50  
 Damen-Dampfschuhe, ohne Knöpfe  
 ohne Knöpfe 3.00  
 Led.-Stiefel f. Herren u. Damen  
 ohne Knöpfe 1.50  
 Kinderstiefel in Segel, Schokolade  
 und Leder  
 in großer Auswahl und besten  
 Material und billigen Preisen.  
**Caru- und Hummelschuhe**  
 in Segel- und Leder.

**!! Achtung !!**  
 Einem geehrten Publikum der  
 Nicolai-Verkehr die Mitteilung, daß  
 mein  
**Barbier- und Friseur-Geschäft**  
 von Sonntag April d. J. sich nicht  
 mehr wie bisher Friedr.-Wilhelmstr. 52,  
 sondern nebenan **Friedr.-Wilhelm-**  
**Str. 51** befindet. Achtungsvoll  
**Julius Philipp.**

**Herrn-Paletots** jeder Größe  
 v. 10 Mk. an, Ia. wie nach Maß  
 gefertigt, von 18 Mk. an,  
**Schwaloff's** mit Pelerin,  
 Herren-Anzüge von 10 Mk. an,  
 seine Anzüge von 14 Mk. an,  
 Braut-Anzüge in Tuch und  
 Kammgarn von 25 Mk. an,  
 sehr gute von 33 Mk. an, Herren-  
 Jaquets von 5 Mk. an, Schlaf-  
 röcke von 8 Mk. an, Herren-  
 Duffel-Hosen von 5 Mk. an,  
 gute Hosen von 5 Mk. an, Hosen  
 und Westen von 6 Mk. an,  
 moderne von 8 Mk. an,  
 Knaben-Paletots von 5 Mk. an,  
 Anzüge für jedes Alter von  
 2,50 Mk. an. Keller-Str. 6.  
 Leder-Hosen 2 Mk.

**„Goldene 74“**  
 I. Kl., Ohlauerstr. 74, I. Kl.

**!! Cigarren !!**  
 Nur gute Qualitäten in jeder Preislage  
 zu den billigsten Preisen.  
**P. Wuttke,**  
 Löschstrasse No 1  
 Ecke Klosterstrasse.

**Feste Preise!**

**Zur Confirmation!**  
 Elegante Anzüge in dunkelbl. Samt,  
 in Kammgarn u. Cheviot von 9. — Mk.  
**Herrn- und Knaben-Garderobe**  
 Anfertigung nach Maß ohne Preisermäßigung.  
**Max Weich, 48 48 Schmiedebrücke 48 48.**  
 Wer diese Anzeige vorzeigt erhält beim Kauf 4% Rabatt!

**Paul Schuppe,**  
 Neue Tauentzienstr. 30  
 elegant billige  
 Giletten, Hemden, Rock- und  
 Schuhschuhe.  
 Gutwörter erprobter Leinwand  
 Hemden empfiehlt auch zur Erinnerung  
 Lager von  
**Kaputt- u. Schirmmützen**  
 billige Preise.

**Ed. Schönfeld's Nachf.**  
**J. Paffke, Schuhmachermeister.**  
 Friedrich-Wilhelmstr. 11  
 empfiehlt sein großes Lager von  
 Herren, Damen und Kinder in  
 großer Auswahl zu billigen Preisen.

**Schuhwaaren**

**Rohtabak**  
**seydel & Junghans**  
 Breslau,  
 Gneisenaustr. 36 (Hinterh.). 2080

**Contrel-Marken-  
 Hüte**  
 aus besten und billigsten nur in der  
**Hut-Fabrik**  
**Schmiedebrücke**  
**19**  
 neben der Brauerei  
 „zum Aufbaum“.  
**Confirmandenhüte**  
 von 1.50 Mk. an.